
Berliner Debatte Initial

Leseprobe 4

33. Jg. 2022

Schwächen der Linken

Brie

Gegen den Sturm?

Segert

Linke in Osteuropa

Chiocchetti

Niedergang
in Italien

Busch

Kommunismus

Land

Hat der Green New Deal
eine Chance?

Autorinnen und Autoren

Lutz Brangsch, Dr., Dipl. oec.
Ökonom, Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Berlin

Michael Brie, Dr. habil.
Philosoph, Schöneiche bei Berlin

Ulrich Busch, Doz. Dr. oec. habil.
Finanzwissenschaftler, Leibniz-Sozietät
der Wissenschaften zu Berlin

Paolo Chiochetti, PhD
Politikwissenschaftler, Humboldt-Uni-
versität zu Berlin

Erhard Crome, Dr. habil.
Politikwissenschaftler und Histori-
ker, Geschäftsführender Direktor des
WeltTrends-Instituts für Internationale
Politik, Potsdam und Berlin

Wladislaw Hedeler, Dr. phil.
Historiker, Berlin

Cornelia Hildebrandt,
Diplom-Philosophin, Rosa-Luxemburg-
Stiftung, Berlin; Co-Vorsitzende der Stif-
tung der Europäischen Linkspartei (EL)
„Transform! europe“

Rainer Land, Dr. sc. oec.
Philosoph und Wirtschaftswissenschaft-
ler, Berlin

Dieter Segert, Prof. i. R. Dr. sc. phil.
Politikwissenschaftler, Wien und Berlin

Georg Spitaler, Dr. phil.
Politologe und Historiker am Verein für
Geschichte der ArbeiterInnenbewe-
gung (VGA), Lehrbeauftragter an der
Universität Wien

Christopher Wimmer, MA
Doktorand, Humboldt-Universität zu
Berlin

Christoph Sebastian Widdau, Dr. phil.
Philosoph, Otto-von-Guericke-Univer-
sität Magdeburg

Schwächen der Linken

Zusammengestellt von Erhard Crome

Editorial	2	<i>Christopher Wimmer</i> Zwischen Aktivität und Resignation. Wie arme Menschen mit gesellschaftlichen Zuschreibungen umgehen	105
<i>Michael Brie</i> Von den Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln	5		
<i>Dieter Segert</i> Die Krise der Linken in Osteuropa und ihre globalen Wurzeln	16	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN	
<i>Cornelia Hildebrandt</i> Zur Schwäche der Linksparteien in Europa. Eine Momentaufnahme	30	Anne Hartmann, Reinhard Müller (Hg.): Tribunale als Trauma Rezensiert von <i>Wladislaw Hedeler</i>	117
<i>Paolo Chiocchetti</i> Der Niedergang der radikalen Linken in Italien	46	Sonia Combe: Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>	119
<i>Georg Spitaler</i> Wohnbau im Roten Wien. Spukende Erinnerungen an eine linke Politik aus der Krise	56	Dieter Klein: Regulation in einer solidarischen Gesellschaft Rezensiert von <i>Dieter Segert</i>	121
<i>Lutz Brangsch</i> Nachdenken über linke Kommunalpolitik	67	Udo Tietz: Wahrheit und Freiheit. Ein Versuch über Political Correctness, normativen Zwang und Meinungsfreiheit Rezensiert von <i>Christoph Sebastian Widdau</i>	123
* * *			
<i>Ulrich Busch</i> Kommunismus – Zukunftsentwurf oder vergangene Realität?	77	JAHRESINHALTSVERZEICHNISSE 33. JAHRGANG 2022	
<i>Rainer Land</i> Hat der Green New Deal eine Chance?	90	Systematisches Inhaltsverzeichnis Alphabetisches Inhaltsverzeichnis	126 129

Editorial

Die deutsche Linkspartei „kann nicht Krise“. Es gab weder zur Finanzkrise 2008, noch zur „Euro-Krise“ ab 2010, noch zur „Flüchtlingskrise“ 2015, noch zur „Corona-Krise“ 2020, noch jetzt zur Energie- und Gaspreiskrise oder zur Inflation eine klare politische Positionierung der Linken, die in der Bevölkerung einen ernsthaften Widerhall gefunden hätte. Als die einzige linke Regierung in der EU, die Syriza-Regierung von Alexis Tsipras, im Jahre 2015 eine Volksabstimmung in Griechenland gewann gegen die von der EU verordnete Schuldknechtschaft, die maßgeblich von dem damaligen deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble konstruiert worden war, traute sich die deutsche Linke nicht zur Solidarität und zur harten Kritik an der Regierungspolitik, sondern stimmte mehrheitlich in den sozialdemokratischen Chor ein, die griechische Staatsschuldenkrise könnte deutsche Kleinsparer beheligen.

Jetzt hat Putins Aggressionskrieg in der Ukraine die Linke zusätzlich in der Friedensfrage in eine Sinnkrise gestürzt. Es gibt wechselseitige Austritte, die einen beschimpfen die anderen als „Kriegstreiber“, die poltern zurück: „Putin-Knechte“. Innerparteiliche Verbundenheit sieht anders aus. Forderungen der einen, die anderen sollten aus der Partei ausgeschlossen werden, oder umgekehrt, die sollten endlich austreten, tun ein übriges.

Valter Pomar, außenpolitischer Berater des wiedergewählten linken brasilianischen Präsidenten Lula, schrieb bereits im Sommer 2022 (www.welttrends.de), dass es in der lateinamerikanischen Linken unterschiedliche Positionen zum Krieg in der Ukraine gibt. Es gäbe

„tatsächlich extreme Positionen, die scheinbar Sprecher für die Positionen von Wladimir Putin bzw. Joe Biden sind“. Diese Vielfalt an Positionen sei jedoch nichts Neues. Die Diversität der Positionen sei ein Merkmal sowohl der globalen Linken als auch der lateinamerikanischen Linken. In der Debatte darüber, wie man sich angesichts des Krieges von 1914-1918 positionieren sollte, gab es in der Zweiten Internationale mindestens zwei Blöcke: eine Minderheit von „Defätisten“ und eine Mehrheit für die Unterstützung der Position der eigenen Regierung. Und diese Mehrheit wiederum war gespalten zwischen Anhängern der Entente und Anhängern der Mittelmächte.

Wladimir Putin ist ein Nationalist, Antikommunist und Konservativer und das sind einige der Elemente, warum die Linke im Allgemeinen und die russische Linke im Besonderen unzählige Gründe haben, sich gegen ihn und seine Regierung zu stellen. Aber es ist weder nötig, so weiter Pomar, Putin zu unterstützen, noch müssen wir die Militäraktion in der Ukraine begrüßen, um anzuerkennen, dass die NATO in der Vorgeschichte wie im Verlauf des Krieges eine unheilvolle Rolle gespielt hat und spielt. Die Vielfalt der Positionen auf der Linken ergibt sich aus der Existenz verschiedener Linker, die unterschiedliche historische Entwicklungen, unterschiedliche Orte in der Welt und verschiedene Segmente der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen. Diese Unterschiede äußern sich wiederum in den jeweiligen Taktiken und Strategien, programmatischen und theoretisch. Es sei also kein Wunder, dass es auf der Linken unterschiedliche Positionen zum Krieg in der Ukraine gibt. Es überrasche

auch nicht, dass sich der „kleinste gemeinsame Nenner“ der Positionen in der lateinamerikanischen Linken von dem der Positionen in der europäischen Linken unterscheidet. Die lateinamerikanischen Linken würden von den europäischen nichts erwarten, die sind mit sich selbst beschäftigt.

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 kam die Linkspartei bundesweit auf 4,9 Prozent. Nur weil sie ein drittes Direktmandat in Leipzig erhielt, kam sie in Fraktionsstärke in den Bundestag. In den derzeitigen Umfragen liegt sie zwischen 4 und 6 Prozent, es hat sich also nichts bewegt im Vergleich zu 2021, während die CDU/CSU auf 29 Prozent kommt, damals 24, und die AfD auf 15-16 Prozent, bei der Bundestagswahl 2021 10 Prozent.

Schaut man auf die Linke in anderen europäischen Ländern, so zeigt sich ein ähnliches Bild des Niedergangs und der Ratlosigkeit. Deshalb hatte die Initial-Redaktion vor einem Jahr beschlossen, diesen Schwerpunkt zur Krise der Linken zu machen. Das geschah lange vor dem Ukraine-Krieg. Das heißt, die Ursachen für die Krise liegen nicht in diesem Krieg, sondern wurden durch ihn „nur“ verstärkt. Sie liegen tiefer. Und sie haben Gründe nicht nur in dilettantischer Politik des Spitzenpersonals, falschen politischen Akzentsetzungen und Feigheit vor dem bürgerlichen Mainstream, sondern es gibt sozio-strukturelle Ursachen, die damit zusammenhängen, dass auf den Spätkapitalismus des 21. Jahrhunderts und seine Verwerfungen viele Antworten aus dem 20. Jahrhundert nicht mehr passen.

Michael Brie, der bereits seit den 1990er Jahren bemüht ist, die PDS und dann Die Linke intellektuell zu begleiten, bezieht sich auf aktuelle politikwissenschaftliche Studien, die das Wahlverhalten in westlichen liberalen Demokratien über die letzten sechzig Jahre systematisch ausgewertet haben. Zu den augenscheinlich bleibenden Wandlungen gehört, dass sich ein umfassender Umbau der parteipolitischen Orientierungen und Dominanzstrukturen vollzogen hat. Dabei sei ein Vakuum aufgetreten: Die große Gruppe der Lohnarbeitenden, die über keine hohe Bildung und kein hohes Einkommen verfügen, sei politisch heimatlos. Sie habe keinen dauerhaften ver-

lässlichen politischen Ansprechpartner mehr – ein Platz, den in den 1950er oder 1960er Jahren die Sozialdemokratie und westliche Kommunistische Parteien eingenommen hatten. Der Siegeszug des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus war nur möglich, weil er verhindern konnte, dass die mit der „Wissengesellschaft“ aufstrebenden neuen Gruppen mit höherer Bildung ein Bündnis mit der „alten“ organisierten Arbeiterbewegung eingingen. Die Herrschenden betrieben erfolgreich Klassenspaltung. Der Neoliberalismus konnte hegemonial werden, weil er die Freiheitsansprüche neuer sozialer Schichten und Generationen mit dem Projekt des Umbaus des Sozialstaats in den Wettbewerbsstaat einer den Interessen der Kapitaloligarchien untergeordneten Globalisierung zu verbinden vermochte. Die Entfesselung der Märkte wurde zum Freiheitsversprechen gemacht. Die soziale Frage wurde durch die Frage der Freiheit der Individuen, der Unternehmen, der Erfolgreichen abgelöst.

Die wichtigste Ursache für den gegenwärtigen Tiefstand des linken Einflusses in Osteuropa liegt nach wie vor in der Art des Systemwechsels von 1989 begründet, so *Dieter Segert*, einer der kundigsten Osteuropa-Kenner in Deutschland. Die existierende staatssozialistische Ordnung war in eine tiefe Krise geraten und brach zusammen. An die Stelle der Diktaturen traten demokratische Ordnungen. Die vorherigen kommunistischen Staatsparteien transformierten sich überwiegend in sozialdemokratische Parteien – eine kleine Zahl, vor allem in Südosteuropa, verwandelte sich in nationalistische Parteien. Der gleichzeitig vollzogene Wechsel des Wirtschaftsmodells und der sozialen Ordnung schien jedoch eine sozialdemokratische Politik des Schutzes der Beschäftigten und der Unterstützung des sozialen Ausgleichs auszuschließen. Die reformierten Postkommunisten wurden als Sozialdemokraten zu einem hauptsächlichen Gestalter einer Transformation, in der eine Bevölkerung, die 1989 eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erwartet hatte, stattdessen jedoch den Härten eines nahezu unregulierten Kapitalismus ausgesetzt wurde. Zwar hätte der Zusammenbruch des Staats-

sozialismus als eine Bestätigung des sozialdemokratischen Gegenmodells zum kommunistischen Weg verstanden werden können, real aber führte die Delegitimierung des staatssozialistischen Modells in eine Krise der politischen Linken insgesamt. So erodierte überhaupt die Idee, dass es eine grundsätzliche Alternative zum bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell geben könnte.

Der Vorzug des Textes von *Cornelia Hildebrandt* zum Stand der Dinge bei den Linken – im Sinne von links der Sozialdemokratie und der Grünen – in EU-Europa ist, dass sie als derzeitige Co-Vorsitzende von „Transform! europe“, der politischen Stiftung der Europäischen Linken (EL), über tiefe Kenntnisse der Entwicklungen in der Europäischen Linken und in den einzelnen Parteien verfügt. Die Erfolge und Misserfolge der Parteien in den verschiedenen Ländern haben jeweils konkrete Gründe. Die jedoch nicht verallgemeinerbar sind. Die Linke in der EU ist insgesamt in einer Defensivposition, aus der es bisher keinen Ausweg zu geben scheint.

Den Niedergang der radikalen Linken in Italien beschreibt exemplarisch *Paolo Chiocchetti*. Lange Zeit galt Italien als Hochburg der radikalen Linken in Westeuropa sowie als politisches und intellektuelles Vorbild für linke Kräfte in anderen Ländern. Vor 1989 war die Italienische Kommunistische Partei die stärkste kommunistische Partei diesseits (oder jenseits, je nach Betrachtungswinkel) des Eisernen Vorhangs und stärker als die Summe sämtlicher Schwesterparteien. Auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1976 konnte sie sich auf 12,6 Millionen Wähler (34,4 Prozent), 1,8 Millionen

Mitglieder und ein mächtiges Netzwerk von Vorfeldorganisationen und Regierungsstellen in mehreren Regionen und Großstädten stützen. Die Sozialdemokratisierung von Programm und Politik nach 1989 sowie der ausdrückliche Verzicht auf die kommunistische Identität haben zu einem beispiellosen politischen Verfall und in die Bedeutungslosigkeit geführt.

Da angesichts der Wohnungsmisere und der Hilflosigkeit der Linken in der Wohnungsfrage in Berlin immer mal wieder die Erfahrung Wiens aufgerufen wird, haben wir in *Georg Spitaler* einen sehr kundigen Autor gewinnen können, der die Geschichte des „Wohnbaus im Roten Wien“ seit 1919 beschreibt. Die Pfadabhängigkeit der Priorität des Sozialen und der kommunalen Dominanz in der Wohnungspolitik in Wien ist so stark, dass auch der Neoliberalismus das bisher nicht umkehren konnte. Hinzu kommt ein fach- und sachkundiger Beitrag zur Kommunalpolitik von *Lutz Brangsch*. Nach 1990 war viele Jahre lang im Osten Deutschlands die Kommunalpolitik ein wichtiger Bestandteil und eine Grundlage der politischen Reichweite und des Einflusses der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und dann der Linkspartei. Das hat sich verändert, wegen des demographischen Wandels, des Verschwindens jener Generationen von Parteimitgliedern und Wählern, die dies verkörperten und umsetzten, und wegen der Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen und in der Kommunalpolitik. Gleichwohl bleibt dies ein wichtiges Feld linker Politik, auf dem vieles erreicht, aber auch vertan werden kann.

Erhard Crome

Michael Brie

Von den Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln

Die politisch Heimatlosen

Im Juni 2022 erschien eine Studie von Herbert Kitschelt und Philipp Rehm von der Duke University bzw. der Ohio State University, die das Wahlverhalten in westlichen liberalen Demokratien über die letzten sechzig Jahre systematisch auswertet. Sie gibt wichtige Hinweise auf einschneidende und bleibende Wandlungen, bleibt jedoch in den Schlussfolgerungen aus den eigenen Befunden eher zurückhaltend. Eine der wichtigsten Aussagen dieser Studie war, dass sich in allen Ländern, die sie untersucht haben, ein umfassender Umbau der parteipolitischen Orientierungen und Dominanzstrukturen vollzogen hat. Dabei sei aber ein unerklärliches Vakuum aufgetreten: Die große Gruppe der Lohnarbeitenden, die über keine hohe Bildung und kein hohes Einkommen verfügen, sei politisch heimatlos. Sie habe keinen dauerhaften verlässlichen politischen Ansprechpartner mehr (Kitschelt, Rehm 2022: 81) – ein Platz, den in den 1950er oder 1960er Jahren die Sozialdemokratie und westliche Kommunistische Parteien eingenommen hatten.

Was zunächst „nur“ als eine Frage des Parteienwettbewerbs und einer „Anomalie“ fehlenden politischen Angebots bei vorhandener gesellschaftlicher Nachfrage erscheint, reicht sehr tief, wie Kitschelt und Rehm deutlich machen. Die massiven Veränderungen im Feld des Parteienwettbewerbs vollzogen sich in den vergangenen 60 Jahren vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Strukturwandels des Kapitalismus und seiner Klassenstruktur im Übergang von einer Gesellschaft, in der die Industriearbeiter einen hohen Anteil an un-

selbständiger Beschäftigung bildeten, zu einer Gesellschaft, in der die Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungs- und Wissenssektor dominieren. Früher unvorstellbare fünfzig Prozent und mehr derer, die die Schule beenden, beginnen heute ein Studium. Um die Veränderungen im Parteiensystem der liberalen Demokratien zu erklären, geht die Studie von Kitschelt und Rehm von einer schlagend einfachen Annahme aus: Sie unterscheiden analytisch scharf vier soziale Großgruppen, die sich mit Blick auf zwei Kriterien voneinander unterscheiden – Bildung und Einkommen. Zu niedriger Bildung werden alle gezählt, die keine Hochschulbildung haben (über kein *tertiary educational certificate* verfügen); niedriges Einkommen haben nach der von Kitschelt und Rehm vorgenommenen Klassifikation alle, die in den unteren zwei Dritteln der Einkommensverteilung liegen. Ihre Ausgangsannahme ist, „dass die Wähler – in Gruppenaggregaten – über wohlverstandene politische Grundeinstellungen verfügen, die sich aus ihren wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen ableiten und die es ihnen ermöglichen, politische Präferenzen im Einklang mit ihren Grundüberzeugungen zu entwickeln.“ (Kitschelt, Rehm 2022: 8) Personen mit niedrigem Einkommen seien für Umverteilung und die mit höherem Einkommen dagegen. Wer über weniger Bildung verfüge, sei autoritär, mit höherer Bildung dagegen libertär orientiert (Abb. 1). Kitschelt und Rehm weisen nach, dass sich in den letzten sechzig Jahren die Größe dieser Gruppen in ihrem Verhältnis zueinander deutlich verändert hat. Die Gruppe derer mit niedrigem Einkommen und niedriger Bildung sank von über 65 Pro-

zent auf unter 50 Prozent, die mit hoher Bildung und niedrigem Einkommen dagegen stieg von fast Null auf nahe 20 Prozent. Der Anteil jener mit niedriger Bildung, aber hohem Einkommen dagegen sank von rd. 30 auf gut 15 Prozent, und die, die über hohe Bildung und hohes Einkommen verfügen, machen nicht mehr nur 7-8 Prozent aus, sondern rd. 25 Prozent. Dies bedeutet, dass das Verhältnis der Gruppen mit niedrigem zu jenen mit hohem Einkommen weitgehend gleich geblieben ist (65:35), aber zugleich sich das Verhältnis jener mit niedriger Bildung zu denen mit hoher Bildung von 90:10 auf 65:35 sank. Natürlich sind alle diese Zahlen stark verallgemeinerte Durchschnittswerte.

Ausgehend von diesen Überlegungen stellen Kitschelt und Rehm die Hypothese auf, dass es zu einer „Umkehr der Polarität“ (polarity reversal) gekommen sei. In der alten Industriegesellschaft hätte jene, die nur niedrige Bildung und ein niedriges Einkommen gehabt hätten, den Kern des linken Parteilagers ausgemacht, während jene, die über hohe Bildung und hohes Einkommen verfügten, am stärksten mit dem rechten Parteilager verbunden gewesen seien. Dies habe sich deutlich verkehrt: „Die traditionellen Kerngruppen des linken Parteifeldes (niedrige Bildung/ geringes Einkommen) und des rechten Parteifeldes (hohe Bildung/ hohe Einkommen) werden zu weniger zuverlässigen Anhängern des Feldes. Im Gegensatz dazu werden die ehemals umkämpften Gruppen der Bürger mit niedrigem Bildungsniveau/ hohem Einkommen und mit hohem Bildungsniveau/ geringem Einkommen zu den neuen Kernanhängern der rechten bzw. linken Parteien.“ (Kitschelt, Rehm 2022: 19) Die politisch umkämpften sozialen Gruppen von gestern mit geringer Loyalität zu linken bzw. rechten Parteien sind zu den Kerngruppen der jeweiligen Parteienlager aufgestiegen, während die, die die Hauptbataillone der Linken und Rechten von Gestern waren, heimatlos wurden und sich von Fall zu Fall politisch orientieren (Abb. 1).

Da sich, wie oben angemerkt, der Anteil derer mit hoher Bildung an der Bevölkerung deutlich erhöht hat, erklärt dies nach Kitschelt und Rehm, warum die „Nachfrage“ nach libertären Positionen deutlich gestiegen ist und sich die Bedeutung der Konfliktlinie „libertär vs. autoritär“ erhöht hat. Was Kitschelt und Rehm nicht in solcher Klarheit aussprechen, ist, dass der Umkehr der Polarität bei den Wählergruppen, die sich linken bzw. rechten Parteilagern zuwenden, zugleich eine Umkehr des dominanten Konflikts entspricht. Dies ist besonders scharf in den USA zu beobachten: Die Führung der Demokratischen Partei konzentriert sich stark auf libertäre Positionen (mit sozialen Akzenten), Trump dagegen setzt ganz auf die autoritäre Karte (mit marktwirtschaftlichen Akzenten). Die Mobilisierungskraft der Demokraten bzw. der Republikaner liegt bei den neuen Stammwählergruppen. Zugleich wird versucht, die in ihren parteipolitischen Orientierungen schwankenden Gruppen zu demobilisieren oder ihnen Angebote zu unterbreiten, um sie „zu kaufen“. Die Umkehr der Polarität erfasst nicht nur den Umstand, dass sich die Stammgruppen von Parteilagern verlagert haben, sondern auch, dass sich die dominierende Achse verschoben hat: Nicht sozialstaatliche Umverteilung vs. Marktorientierung, sondern das Verhältnis von libertären zu autoritären Einstellungen rückt ins Zentrum (Abb. 2).

Abb. 1: *Stilisierte politische Einstellungen von Gruppen mit hohem Bildungsniveau (nach Kitschelt, Rehm 2022)*

		Niedriges Einkommen	Hohes Einkommen
		Niedrige Bildung	Für Umverteilung Autoritär
Bildung	Hohe Bildung	Für Umverteilung Libertär	Gegen Umverteilung Libertär

Abb. 2: *Stilisierte politische Einstellungen von Gruppen mit hohem Bildungsniveau (nach Kitschelt, Rehm 2022)*

Kapitalistische Industriegesellschaft		Kapitalistische Wissensgesellschaft	
Für Umverteilung Autoritär	Gegen Umverteilung Autoritär	Für Umverteilung Libertär	Gegen Umverteilung Autoritär
Für Umverteilung Libertär	Gegen Umverteilung Libertär	Für Umverteilung Libertär	Gegen Umverteilung Libertär
<i>Primat des sozialen Konflikts</i>		<i>Primat des kulturellen Konflikts</i>	

Wer ist „autoritär“ und wer „libertär“?

Doch damit fangen die Probleme erst an. Während nämlich die Frage, ob Gruppen sozialstaatliche Umverteilung oder den Wettbewerb der Märkte präferieren, als weitgehend wertneutral angesehen wird, gilt dies nicht im Verhältnis von libertären und autoritären Werten. Sozialstaat und freie Märkte können sich beide auf ein eigenes Gerechtigkeitskonzept berufen, auf das der Verteilungs- bzw. auf das der Leistungsgerechtigkeit. Die Gegner des jeweiligen Konzepts mögen hinter ihnen kommunistische Gleichmacherei oder Raubtierkapitalismus vermuten, aber zumindest im sozialwissenschaftlichen Mainstream sind Sozialstaat wie Märkte nicht nur faktisch, sondern auch normativ als unverzichtbare Bedingungen der Entwicklung komplexer Gesellschaften anerkannt. Der Gegensatz von libertären und autoritären Orientierungen erfährt keine solche Gleichbehandlung, denn er ist mit dem Konflikt zwischen Freiheit und Unfreiheit aufgeladen. Während Ungleichheit, die mit Märkten zwangsläufig verbunden ist, in Grenzen akzeptabel erscheint, gilt dies nicht für Unfreiheit. Sie ist nach herrschendem liberalen Grundkonsens ein unbedingt zu überwindendes Übel.

Kitschelt und Rehm nehmen die folgenden Einstellungen als Maßstab, um libertäre von autoritären Orientierungen zu unterscheiden: Es ginge dabei um „nichtökonomische Fragen der bürgerlichen Freiheiten und der Rechtsordnung, um Geschlechterrollen und sexuelle Orientierung, um die unhinterfragte Einhaltung

kollektiver Normen¹, um die Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt von Überzeugungen und Praktiken sowie unterschiedlichen Lebensstilen und um die Akzeptanz der Einwanderung aus Gesellschaften mit anderen kulturellen Bräuchen“ (Kitschelt, Rehm 2022: 4). Libertäre Einstellungen werden daran festgemacht, dass die jeweilige Person die Legalisierung der Heirat von Personen gleichen Geschlechts befürwortet, sie sich für private Rechte auch dann einsetzt, wenn dies die Bekämpfung von Kriminalität behindert, sie gegen eine restriktive Einwanderungspolitik ist und den Umweltschutz auch dann einfordert, wenn er das Wirtschaftswachstum einschränkt, und wenn sie eine weitere Europäisierung fordert (ebd.: 38).

Die Schwierigkeiten der Klassifikation libertär/ autoritär werden dann deutlich, wenn man unter dem Aspekt des Umweltschutzes die Forderungen nach der gesetzlichen Einschränkung des Fleischkonsums, die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen oder das Verbot des Tragens eines Kopftuchs durch Lehrerinnen in Schulen hinzuzieht. In jedem dieser Fälle würden eindeutig Freiheiten der Einzelnen eingeschränkt. Die gleichen Personen, die dem Zuzug „aus anderen Kulturen“ offen gegenüberstehen, können zugleich verlangen, dass diese die in ihren Herkunftsländern üblichen Symbole nicht öffentlich zeigen, weil ihnen unterstellt wird, damit „autoritäre“ Werte zu propagieren, und dies selbst dann, wenn die Trägerinnen eines Kopftuchs dies genau umgekehrt als Zeichen des Selbstbewusstseins der eigenen Identität gegenüber

Dieter Segert

Die Krise der Linken in Osteuropa und ihre globalen Wurzeln

2018 fand in dem renommierten Belgrader Institut für Sozialwissenschaften eine Konferenz statt, die sich mit der Krise der Linken in der Region wie auch europaweit beschäftigte.¹ Sie trug den schönen Titel: „Die Linke ist tot, es lebe die Linke!“ Der analoge Ruf – bezogen auf den gestorbenen alten und den ihm nachfolgenden neuen König – ist aus der Geschichte Europas bekannt. Aber in Bezug auf die Linke entstehen bei seiner Verwendung Fragen wie die folgenden: Was ist die alte Linke? Worin bestand ihre Krise? Wer folgt ihr nach?

Osteuropa als Menetekel der Linken

In Osteuropa begann und endete das „kurze 20. Jahrhundert“. Hier – in Sarajevo – fand die Initialzündung zur Katastrophe des 20. Jahrhunderts statt, zum Ersten Weltkrieg, hier (in Moskau) wurde eine neue Abteilung der radikalen Linken geboren, die kommunistische Weltbewegung, gut 70 Jahre später, 1989–1991, stürzte ihr wichtigstes Resultat, die Sowjetunion und der sowjetische Staatssozialismus, krachend ein. Dies hatte Auswirkungen weltweit, nicht nur auf die Erben der Komintern, sondern auch die der Zweiten Internationale.

Warum war das so? Seit Jahrzehnten, seit 1945, hatte es einen Wettbewerb zwischen dem sozial gebändigten Kapitalismus und dem 1917 geborenen Staatssozialismus gegeben. Die Zeitenwende 1989, die in den Zerfall der Sowjetunion mündete, hatte so ausgesehen, als ob damit jegliche systemische Alternative zum Kapitalismus gescheitert wäre. Dem „realen Sozialismus“² war die Zukunft abhandenge-

kommen. Der Spruch Fukuyamas vom „Ende der Geschichte“ (1992) hatte Konjunktur.

Es blieb nicht so. Am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends schien sich die Geschichte erneut zu drehen. Die weltweite Finanzkrise der Jahre ab 2007/08 erweckte die Kritik am vorherrschenden Wirtschaftssystem erneut. In der wissenschaftlichen und journalistischen Debatte wurde Fukuyamas These erneut diskutiert und seziert. Ther sprach vom „anderen Ende der Geschichte“ (Ther 2019). Aber es gab weitere Argumente gegen den endgültigen Sieg der westlichen Ordnung und ihrer Werte, etwa den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas bei Beibehaltung seiner politischen Ordnung oder den politischen Islam. Und im Innern der westlichen Welt breitete sich eine antiwestliche politische Strömung aus, sie wurde als „rechter Populismus“ gekennzeichnet.

Osteuropa spielte in dieser Gegenbewegung wieder eine besondere Rolle. Hier war der Sieg des kapitalistischen Westens über seine alternative Ordnung besonders überzeugend gewesen, gerade deshalb wäre anzunehmen, dass seine Krise von 2008 eine Renaissance linker Politik bewirken würde. Es kam anders. Der Nachhall der schmerzhaften wirtschaftlichen Umbaumaßnahmen im Verlaufe der 1990er Jahre führte nicht zum Wiederaufstieg der politischen Linken, sondern zu dem des rechten Populismus, für den besonders Orbáns Fidesz und Kaczyńskis PiS stehen.

Warum das so war und ob das so bleiben muss, soll nachfolgend diskutiert werden.

Linke politische Parteien in Osteuropa: ein kurzer historischer Abriss

Ausgangspunkt ist die Zeit nach 1945. Die politische Linke bestand ursprünglich in vielen Ländern aus Sozialdemokraten und Kommunisten. In einigen Ländern existierten auch Bauernparteien mit einem linken Potential, so in Bulgarien und Ungarn. Nach Beginn des Kalten Krieges ab 1947 kam es zu einer Einbebnung aller nichtkommunistischen linken Parteien. Die Sozialdemokraten fusionierten unter politischem Druck mit den kommunistischen Parteien, wobei kleine Gruppen in den Westen gingen, um dort Exilparteien zu bilden. Die linken Bauernparteien lösten sich ebenfalls auf oder wurden zu willigen Vollstreckern der kommunistischen Politik. In einigen Krisen des Staatssozialismus gründeten sich die sozialdemokratischen Parteien auch in jenen Ländern neu, so etwa in der Tschechoslowakei im Jahr 1968. Diese Gründungen überlebten aber das Ende der jeweiligen staatssozialistischen Krisen nicht.

In der finalen Krise des sowjetischen Staatssozialismus, ab Ende der 1980er Jahre, kam es zur Wiedergeburt des Parteienpluralismus; in einigen Fällen wurden auch historische linke, christdemokratische und Bauernparteien wiedergegründet. Dabei spielten teilweise Personen, die aus dem Exil zurückkehrten, eine Rolle. Die sozialdemokratischen Parteien, die sich um die kleinen Gruppen von Exilpolitikern bildeten, hatten allerdings meist keinen politischen Erfolg. In mehreren Ländern, zuerst in Ungarn und Polen, transformierten sich jedoch die kommunistischen Staatsparteien erfolgreich zu Mitgliedsparteien der europäischen Sozialdemokratie. Ab Mitte der 1990er Jahre waren sie dann auch im demokratischen Parteienwettbewerb erfolgreich. Die parallel dazu neuentstandenen sozialdemokratischen Traditionsparteien hingegen hatten kaum in einem Land nennenswerten politischen Einfluss. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie (später die tschechische) war eine Ausnahme. In ihr fusionierten Exilsozialdemokraten mit Reformkommunisten (die ihre Tradition in den Reformen des Prager Frühlings hatten). Miloš Zeman war einer jener Post-

kommunisten von 1968, die der sozialdemokratischen Partei, der ČSSD, 1998 erstmals zum Regierungserfolg verhalfen.

Generell gilt: Nach einer Phase der Delegitimierung der Nachfolgeparteien der Staatsparteien aus der Zeit des sowjetischen Staatssozialismus machten die meisten von ihnen nach ihrer Wandlung hin zu einem sozialdemokratischen Programm ab Mitte der 1990er Jahre Regierungserfahrungen. Diese Phasen einer Führung von Regierungen bzw. als Juniorpartei von Koalitionsregierungen lagen in Ostmitteleuropa zwischen 1994 und 2010. Danach kam es zu deutlichen Einflussverlusten dieser Parteien und im Extrem sogar zu ihrem Ausscheiden aus dem Parlament. In Belarus, der Ukraine und Russland nahm die Entwicklung einen anderen Verlauf: Die kommunistischen Staatsparteien wurden zwar in einer bestimmten Phase auch „sozialdemokratisiert“, aber sie spielten keine zentrale Rolle für die politische Herrschaft. Es bildeten sich Patronageregime heraus.³

Diese Entwicklung erscheint auf den ersten Blick geradezu paradox, da ja in der globalen Finanzkrise ab 2008 die Krisenhaftigkeit des neoliberalen Finanzkapitalismus deutlich zu Tage trat und eine sozialstaatlich gemilderte Variante des Kapitalismus – für die bekanntlich die Sozialdemokratie stand – auf die Tagesordnung zu treten schien. So war es aber nicht, auch nicht in Westeuropa. In Osteuropa jedoch wurde dieses Paradoxon besonders deutlich. Im Sommer 2022 regierten die Sozialdemokraten in keinem Land Ostmitteleuropas, außer in Slowenien. In Südosteuropa war die Bilanz etwas positiver. Hier verfolgen die „Sozialdemokraten“ allerdings eine Mischung aus sozialdemokratischer und nationalistisch-populistischer Programmatik.

Der Modus der post-sozialistischen Transformation

Die Paradoxie löst sich auf, wenn wir in die jüngste Geschichte zurückblicken. Die wichtigste Ursache für den gegenwärtigen Tiefstand des linken Einflusses in Osteuropa liegt in der Art des Systemwechsels von 1989 begründet.

Tabelle 1: Erfolge und Niederlagen Sozialdemokratischer Parlamentsparteien in Osteuropa

Land/ Partei als Mitglied der SPE* (bzw. Assoziiert/ Beobachterstatus)	1. Regierungsteilnahme nach 1989 (führend=PM oder in Koalition= K)	Folgende Regierungsteilnahme (Jahre)	Absturz / großer Verlust, Jahr: alte -> folgende Stimmzahl (Prozent)	Gegenwärtige Stellung zur Regierung**
Polen/SLD (+UP)	1995–1997 (PM)	2001–2005 (PM)	Großer Verlust 2005: 41->11 2015: keine Mandate 2019: -> 12,6	Opposition
Slowakei/ SDĽ->smer-sd	1998–2002 K (SDĽ)	2000–2010; 2012–2020: PM (smer-sd)	Absturz SDĽ 2002: 15->1 Großer Verlust (smer-sd) 2016: 44->28 2020: ->18 Spaltung 09_2020 (HLAS sd)	Gespalten und in Opposition
Tschechien/ČSSD	1998–2006 PM (1998–2002: Minderheitsregierung)	2014–2017: PM 2017 bis 2021: K	Großer Verlust 2010: 32->22 2017: 21 -> 7 2021: 7 -> <5	Außerparlamentarische Opposition
Ungarn/MSZP (+DK)	1994–1998 PM	2002–2010 PM	Großer Verlust 2010: 41->19 2018: 26-> 12 (MSZP) -> 5 (DK)	Gespalten und in Opposition
Rumänien/ PDSR...PSD	1992–1996 PM	2000–2004 PM 2012–2015 PM 2016–2019 PM	Großer Verlust 2020: 46 -> 29	Koalitionspartner
Bulgarien/BSP (PBS: A)	1990–1991 PM (BSP)	1995–1997 PM 2005–2009 PM 2013–2014 K 2021/11–2022/6 K	Oszillieren 1997: 44->22 2009: 31->18 2014: 27->15 2021 1/2: 27->15/13 2021 3: 10	Nach 2022/6 Regierungsneubildung (Machtteilnahme seit 2017 durch Präsidenten, auf Liste BSP gewählt)
Slowenien/ ZLSD...SD	1992–2004 (in Koalition)	2008–2012 (PM)	Verluste 2011: 31->11 2014: 11->6 2018: 6->10 2022: 7	Koalitionspartner
Kroatien/SDP	2000–2003 PM	2011–2016 (PM)	Verluste: 2003: 41->23 2020: 34 -> 25 (im Bündnis)	Opposition
Serbien/DP	2000–2003 PM	2007–2008 2003–2012: Präsident	2008: 23->38 Verlust 2014: 22->6 2020: 0	Außerparlamentarische Opposition

Montenegro/DPS (A)	1990–2020 PM		Stets 40-51 % 2020: 41 -> 35	Präsident
Kosovo ^{***} /LVV, NISMA	2019 PM	Ab 2021 PM	Starker Anstieg 2021: 26 -> 50	Stärkste Regierungspartei
Albanien/PSSH (A)	1991 PM	1991, 1997–2005, seit 2013 PM	Absturz 2005: 42 -> 9 Anstieg 2009: 9 -> 40 2021: 48->49	Alleinregierung
Nordmazedonien/SDSM (A)	1992-1998 PM	20042–008 PM seit 2017 PM	Zw. 24 und 49 Prozent, 2020: 36	PM in Koalitionsregierung
Litauen/LDDP->LSDP	1993-1996 PM	2001–2006 (PM) 2012-2016 (PM) 2016–2020 - K	Verluste: 2000: 31-> 20; 2008: 21->12 2020: 14 -> 9	Opposition
Lettland/ SDPS + LSSP (B)			SDPD: bis 2006 unter 10 seitdem 20 und mehr Prozent	(Stärkste Partei, aber in) Opposition
Estland/ SDE	2007–2011 K	2014–2015 K 2016–2019 K	Verlust: 2003: 15->7 2019: 15 -> 10	Opposition

Quelle: <http://www.parties-and-elections.eu/>, eigene Recherchen.

* Abkürzungen: BSP: Bulgarische Sozialistische Partei; ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei; DK (ab 2011): Demokratische Koalition (Ungarn); DP: Demokratische Partei (Serbien); DPS: Demokratische Partei der Sozialisten (Montenegro); LDDP: Demokratische Arbeiterpartei Litauens; LSDP (ab 2001): Sozialdemokratische Partei Litauens; LSSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; LVV: Bewegung für Selbstbestimmung (Kosovo); NISMA: Sozialdemokratische Initiative (Kosovo); MSZP: Ungarische Sozialistische Partei; PBS: Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten; PDSR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens; PSD (ab 2001): Sozialdemokratische Partei (Rumänien); PSSH: Sozialistische Partei Albaniens; SD (ab 2005): Sozialdemokraten (Slowenien); SDL': Partei der Demokratischen Linken (Slowakei); SDE: Sozialdemokratische Partei (Estland); SDP: Sozialdemokratische Partei Kroatiens; SDPS: Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Lettland); SDSM: Sozialdemokratische Union Mazedoniens; SLD: Vereinigung der Demokratischen Linken (Polen); Smer-sd (ab 1999): Richtung-Sozialdemokratie (Slowakei); SPE: Sozialdemokratische Partei Europas; UP: Arbeitsunion (Polen); ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (Slowenien).

** Stand Ende Juli 2022.

*** Im Kosovo gibt es keine Partei, die aktuell mit der SPE in irgendeiner formalisierten Beziehung steht, allerdings definieren sich zumindest drei Parteien (zwei davon sind bei Parlamentswahlen relevant) innenpolitisch als sozialdemokratisch, die Lëvizja Vetëvendosje und die NISMA (Sozialdemokratische Initiative).

Cornelia Hildebrandt

Zur Schwäche der Linksparteien in Europa

Eine Momentaufnahme

Wenn man im Herbst des Jahres 2022 versucht, die Linken in Europa und die Gründe ihrer schwierigen Abwehrkämpfe als europäischer Akteur zu beschreiben – abgesehen von einigen Ausnahmen, über die es zu sprechen lohnt –, so unternimmt man diesen Versuch in Zeiten komplexer globaler Umbrüche zum Ende des fossilen kapitalistischen Entwicklungsmodells. Vor diesem Hintergrund ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Folgewirkungen Ausdruck innerimperialistischer Widersprüche im Kampf um Einflussphären und Ressourcen. Sich neu formierende Machtblöcke stehen sich unter den Bedingungen der bereits einsetzenden Klimakrisen global und einander bedrohend gegenüber.

Krisen, militärisch, politisch und wirtschaftlich geführte Kriege, steigende Energie- und Lebenshaltungskosten, zunehmende Inflation, die noch immer wirkende Corona-Pandemie und die Krise des Pflegebereichs sowie die anhaltenden extremen Wetterlagen gehören längst zu den Rahmenbedingungen, unter denen politische Auseinandersetzungen und Kämpfe innerhalb der EU geführt werden. Die neue Qualität der Verknüpfung der sozialen Frage mit globalen, friedens- und europapolitischen Fragen kann zu neuen Wellen von Massenprotesten führen, bei denen unklar ist, ob sie von links geprägt werden können.

Ein Versuch der Analyse der Linken in Europa kann derzeit nur eine Momentaufnahme sein. Für die Linken in Europa – und in diesem Beitrag soll der Fokus auf die Linksparteien in der EU gerichtet werden – stellt sich die Frage, warum sie trotz einzelner na-

tionaler Erfolge gesamteuropäisch in der Defensive sind und ob die Linksparteien über das Potential verfügen, um sich wirksam in die kommenden Auseinandersetzungen als solidarische Schutzmacht einzubringen. Kann es den Linksparteien in Europa darüber hinaus gelingen, ihren Gebrauchswert als moderne Gerechtigkeitsparteien sichtbar zu machen und im Sinne eines sozial-ökologischen, demokratischen und friedlichen Europas wirksam zu intervenieren?¹

Vorbemerkung: Wer sind die Linken in Europa?

Im deutschen Sprachgebrauch bezieht sich der Terminus einer „radikalen Linken“ eher auf gewaltbereite Autonome als auf die deutsche Linkspartei. In der vergleichenden Politikwissenschaft sowie in der Mehrheit der EU-Länder hat sich dagegen der Begriff der „radikalen Linken“ (March, Keith 2016: 1-12) durchgesetzt. Er meint vor allem Parteien, für die Gleichheit und Internationalismus prägend sind, die sich mit den linken Traditionen der Arbeiter:innenklasse identifizieren und für eine grundlegende Transformation des Kapitalismus eintreten sowie dessen Alternative mehrheitlich als Sozialismus bezeichnen (March, Mude 2005; Hildebrandt u. a. 2021: 9-12). Letzteres ist bei den Parteigründungen nach 2015 nicht mehr der Fall – bei Podemos und La France Insoumise (LFI) gibt es programmatische Bezüge zum Sozialismus nicht. Anders die polnische RAZEM (linke Gemeinsam), die sich nach eigenem Bekunden an der Sozialdemo-

kratie, an progressiven Kräften und am demokratischen Sozialismus orientiert.

In Bezug auf das Parteiensystem gehören zur radikalen Linken jene Parteien, die sich links von der Sozialdemokratie und von den Grünen positionieren, selbst dann, wenn sie wie Podemos in der Gründungsphase eine Linksverortung der Partei zunächst ablehnten. Zugleich berücksichtigt diese Zuordnung nicht jene Linken, die sich aufgrund von Wahl- und Parteiensystemen als linke Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien organisieren, wie die Linken unter der Corbyn-Führung in der Labour Party in Großbritannien.

In den postsozialistischen Ländern wurden zahlreiche Verantwortungsträger der kommunistischen und sozialistischen Staatsparteien zu Managern des neuen politisch-ökonomischen Systems, zur neuen politischen Klasse eines Kapitalismus im neoliberalen Umbruch (vgl. Segert 2013). Auch wenn die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesse in diesen Ländern sehr unterschiedlich verliefen, hat ein Großteil der sozialdemokratischen Parteien in den postsozialistischen Ländern seine Wurzeln in den früheren kommunistischen Parteien. Dort, wo kommunistische Parteien eigenständig weiterexistierten, blieben sie gesellschaftlich und politisch marginal und zumeist lediglich außerparlamentarisch organisiert. Ausnahmen hiervon bildeten die Kommunisten der Tschechoslowakischen Republik mit der Neuformierung als Kommunistische Partei Böhmens und Mährens in Tschechien (KSCM) und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die sich in schwierigen Umbruchprozessen zur Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) transformierte.

Landschaft der Linksparteien im Jahr 2022

Trotz der Erfolge einzelner Parteien sind die Linksparteien in Europa nach wie vor in einer defensiven politischen Position. Sie schaffen es bisher nicht – im Unterschied zu 2014, insbesondere im Vorfeld der Europawahlen 2014

–, europaweit zu mobilisieren und die Politik auf europäischer Ebene wirksam zu beeinflussen. Was heißt das im Einzelnen?

Derzeit gibt es in der EU lediglich drei Linksparteien, die an der Regierung beteiligt sind: die spanische Unidas Podemos zusammen mit den Sozialisten, die finnische Linksallianz in der Regenbogen-Koalition, bestehend aus sechs Parteien, und die slowenische Levica als Teil einer aus fünf Parteien bestehenden Mitte-Links-Regierung. Alle drei Regierungseteiligungen haben trotz ihrer nationalen Bedeutung für die Linken bisher keine europaweite Ausstrahlung.

Zu den starken linken Oppositionsparteien zählen derzeit die griechische Syriza und die zyprische AKEL mit über 25 % in den Umfragen, wobei gerade Syriza unter Alexis Tsipras an einer breiten Links-Mitte-Koalition der linken und progressiven Kräfte arbeitet, die ggf. bei den nächsten Wahlen im April 2023 zusammen gegen das rechte Lager antreten will. Die irische Sinn Féin wurde bei den Parlamentswahlen 2020 mit 24,5 % zwar stärkste Partei, scheiterte jedoch mangels Koalitionspartnern an der Bildung einer Linksregierung.

Die bemerkenswerteste Dynamik entwickelte derzeit Jean-Luc Mélenchon mit LFI bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April 2022. Er scheiterte in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen an der zersplitterten Kandidatenlandschaft der Linken – einschließlich der französischen Kommunisten – und verfehlte mit 22 % der Wählerstimmen nur knapp hinter Marie Le Pen die zweite Runde bei den Präsidentschaftswahlen. Bei den nur vier Wochen später folgenden Parlamentswahlen gelang es ihm, ein parteienübergreifendes Bündnis NUPES aus Progressiven, Linken Grünen, Sozialisten und Kommunisten zu formieren, mit dem er mehr als 25 % der Wähler erreichte. Damit blieb er nur knapp hinter dem Liberalkonservativen Macron.

Zu den Parteien mit wachsenden Potentialen gehören die links-grüne Bewegung in Island, die bei den Parlamentswahlen 2021 mit 12,6 % drittstärkste Partei wurde, und die belgische Arbeiterpartei, die bei den Wahlen 2019 bereits mit der Verdopplung ihrer Stimmen auf 8,6 % einen Achtungserfolg erzielte

und bei den gegenwärtigen Umfragen stabil über 20 % liegt.

Der portugiesische Bloco de Esquerda verlor bei den Parlamentswahlen 2022 die Hälfte seiner Wähler, nachdem er den Haushaltsentwurf von António Costa, des Ministerpräsidenten der Sozialisten, ablehnte und für die dann erforderlichen Neuwahlen verantwortlich gemacht wurde. Der Bloco erhielt bei diesen Wahlen nur noch 4,4 % und liegt damit gleichauf mit der rot-grünen Linksallianz aus portugiesischen Kommunisten und Grünen mit 4,3 %; die Sozialisten konnten mit absoluter Mehrheit weiterregieren. Ungeachtet dessen zählt der Bloco zu den eher stabilen Linksparteien. Das gilt ebenso für die skandinavischen Linksparteien, wie die Rot-Grüne Einheitsliste (Dänemark), die schwedische Linkspartei und das finnische Linksbündnis.

Zu den Parteien mit krisenhaften Entwicklungen gehören die Sozialistische Partei (SP) der Niederlande, die mit ihrem Versuch eines Populismus unter Einschluss rechter Anleihen und einer Fokussierung auf die Sorgen der „niederländischen Arbeiter“ – trotz Intervention einer großen Minderheit innerhalb der SP (Bouma 2021: 102) – bei den Parlamentswahlen 2021 einbrach und nur noch 6 % der Stimmen erhielt. Dies ist allerdings ein Wert, von dem die LINKE in Deutschland nach ihrem verheerenden Ergebnis von 4,9 % bei den Bundestagswahlen 2021 derzeit nur träumen kann. DIE LINKE konnte ihre parlamentarische Präsenz nur mit Hilfe von drei Direktmandaten retten und befindet sich seit diesen Wahlen in einer existenziellen Krise. Die über Jahre hinweg unbearbeiteten programmatischen, strategischen Fragen und Probleme der Organisationsentwicklung sowie die zunehmende Unschärfe ihres Profils und Gebrauchswertes wurden mit diesem Wahlergebnis deutlich sichtbar.

Ob de Lenk in Luxemburg bei den nächsten Wahlen 2023 den Einzug ins Parlament schaffen kann, ist angesichts aktueller Umfrageergebnisse zwischen 2 % und 3 % ebenso ungewiss. Die tschechische KSCM verlor mit 3,6 % bei den Parlamentswahlen 2022 ihre parlamentarische Präsenz komplett. Ob diese noch ausreichende Potentiale für eine Erneuerung

besitzt, ist angesichts des Durchschnittsalters von 75 Jahren und der Dominanz der Altkader trotz der neugewählten, deutlich jüngeren Vorsitzenden Kateřina Konečná eher fraglich. Bei den Kommunalwahlen am 22. und 23. September 2022 verlor die KSCM zwei Drittel ihrer Sitze.

Während sich der Niedergang der KSCM über Jahre abzeichnete, bildeten sich 30 Jahre nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus neue plurale Parteiprojekte der Linken mit Levica in Slowenien, mit Možemo in Kroatien und mit Razem in Polen. Alle drei Parteien sind inzwischen parlamentarisch verankert. Dabei gelang Razem der parlamentarische Einzug über die Wahlallianz Lewica, bestehend aus Razem, den Sozialdemokraten (SLD) und der neu gegründeten progressiven Partei Wiosa. Die slowenische Levica ist nicht nur Parlaments-, sondern auch Regierungspartei in einer Fünf-Parteien-Koalition.

Das neue italienische Linksbündnis Unione Popolare (Volksunion) unter Führung des ehemaligen Staatsanwalts und Bürgermeisters von Neapel, Luigi de Magistris, stützte sich auf Rifondazione Comunista (PRC) und Potere al Popolo! (PaP) und die Gruppe ManifestA, bestehend aus ehemaligen Parlamentarierinnen der 5-Sterne-Bewegung, sowie auf eine Reihe von antifaschistischen Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen. Doch auch dieses Bündnis scheiterte mit 1,43 % bei den Parlamentswahlen am 25. September 2022. Anders die links-grüne Alleanza Verdi e Sinistra, die mit 3,6 % ins Parlament einzog und dem Mitte-Links-Bündnis des Partito Democratico zuzurechnen ist.

In Österreich geht die KPÖ mit der kleinen Wiener Partei LINKS neue Wege kooperativer Zusammenarbeit. Entscheidend wird sein, ob es ihnen gelingt, sich über die Stadt Wien hinaus zu verankern. Immerhin können sie sich medial auf die Erfolge der KPÖ Graz stützen, die 2021 die Bürgermeisterwahlen gewann.

Noch immer gibt es in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, in den baltischen Ländern, der Slowakei, Malta und eben auch in Italien keine politisch relevanten Linksparteien. Linke Organisationen der Zivilgesellschaft stützen sich vor allem in den baltischen Ländern auf

studentische oder akademisch-prekarierte Milieus.

Blickt man also auf die Landschaft der Linksparteien, so lassen sich deren Entwicklungstendenzen nicht eindeutig bestimmen. Während La France Insoumise, Syriza und AKEL sich als starke Volksparteien bzw. Volksbewegungen aus der Opposition heraus entwickelten, stagnieren die meisten Linksparteien, darunter die mitregierende Unidas Podemos und die ebenso mitregierende finnische Linksallianz.

Insbesondere die Entwicklung der LINKEN in Deutschland hat Auswirkungen auf die europäische Linke vor dem Hintergrund ihrer vermittelnden Rolle und Verantwortung. Sie stellte über Jahre den Vorsitzenden der Europäischen Linkspartei (EL) mit Lothar Bisky, Gregor Gysi und Heinz Bierbaum und mit Lothar Bisky und Gabi Zimmer die Vorsitzenden der Linksfraktion im Europaparlament. Martin Schirdewan ist derzeit Co-Vorsitzender in der Linksfraktion und auch neugewählter Co-Vorsitzender der LINKEN in Deutschland. Ob diese personelle europapolitische Stärkung der Linken in Deutschland auch eine Stärkung der europäischen Linken im EU-Parlament (EP) zur Folge hat, bleibt abzuwarten.

Damit aber deutet sich ein Paradoxon bei der Entwicklung der Linksparteien aus europäischer Perspektive an. Während die Existenzkrise der LINKEN sich europapolitisch sichtlich auswirkt, gilt das bisher nicht in gleicher Weise für die national erfolgreichen Linksparteien Syriza, AKEL und La France Insoumise (LFI). Deren nationale Erfolge haben bisher nur eine begrenzte Ausstrahlung auf andere Linksparteien und auf die europäische Ebene. Die Kooperationsbeziehungen zwischen den nationalen Linksparteien, insbesondere zwischen LFI und Syriza, die auf nationaler Ebene ähnliche Strategien der Formierung breiter Links-Mitte-Allianzen verfolgen, sind schwach oder schwierig – auch angesichts der Tatsache, dass LFI nach dem Scheitern seiner Forderung, Syriza aus der EL auszuschließen, zunächst selbst die EL verließ, nun jedoch wieder mit Beobachterstatus dabei ist.

Akteure der europäischen Linken 2022

Dem europäischen Analyse- bzw. Umfragenblog „Der Föderalist“ (2022) zufolge „verharrt“ die Fraktion der radikalen Linken seit mehreren Jahren bei ca. 50 Sitzen und weist damit die größte Stabilität unter den EP-Fraktionen aus. Derzeit würde eine Linksfraktion im Europaparlament über 50 Sitze erhalten. Allein 15 Sitze würde LFI erhalten, 7 Sitze gingen an Unidas Podemos, 6 an Syriza, 6 an die irische Sinn Féin, 4 an die LINKE, zwei an die zyprische AKEL, 2 an die niederländische Arbeiterpartei (PdVA), 2 an die schwedische Linkspartei und je ein Sitz an Bloco, finnische Linksallianz, die spanische Bildu sowie die niederländische Sozialistische Partei (SP). Die griechischen Kommunisten (KKE) sind seit Jahren nicht mehr Teil der Linksfraktion – derzeit würden sie eine/n fraktionslosen EU-Abgeordnete/n stellen.

Damit würde eine solche 50-köpfige Fraktion Vertreter von 13 Parteien aus elf Ländern zusammenbringen. In einer solchen Fraktion gäbe es jedoch keine Vertreter mehr aus den ostmitteleuropäischen Ländern. Die Perspektive postsozialistischer Länder mit den spezifischen Entwicklungsproblemen europäischer Peripherien und der Länder, die sich am stärksten von den sich entwickelnden Block-Konfrontationen betroffen fühlen, entlang der Grenzen zu Russland, ist nicht präsent. Sie muss aber bei der Formulierung vor allem auch außenpolitischer Positionen der Linken auf europäischer Ebene mitgedacht und mit einbezogen werden.

Darüber hinaus stellt sich ein weiteres Problem. Die derzeit 39 Europaabgeordneten der Left-Group kommen aus 13 Ländern und bilden 19 nationale Delegationen. D. h. auf europäischer Ebene setzt sich die nationale Fragmentierung der Linksparteien fort und erschwert auch hier, vor allem dann, wenn die Linksparteien in ihren Ländern in Konkurrenz zueinander stehen, die Formulierung gemeinsamer europapolitischer Positionen. Das betrifft z. B. die portugiesische und zum Teil auch die spanische Linke.

Zu den starken Parteien der linken Fraktion im EP gehören derzeit Syriza, LFI und DIE

Paolo Chiocchetti

Der Niedergang der radikalen Linken in Italien

Lange galt Italien als Hochburg der radikalen Linken Westeuropas sowie als politisches und intellektuelles Vorbild für linke Kräfte anderer Länder. Vor 1989 war die Italienische Kommunistische Partei (*Partito Comunista Italiano*, PCI) die stärkste kommunistische Partei diesseits des Eisernen Vorhangs und stärker als die Summe sämtlicher Schwesterparteien (Vittoria 2006). Auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1976 konnte sie 12,6 Millionen Wähler (34,4 Prozent), 1,8 Millionen Mitglieder, ein mächtiges Netzwerk von Vorfeldorganisationen und Regierungsstellen in mehreren Regionen und Großstädten vorweisen. Die Gruppen der ‚neuen Linken‘, unter anderem die Partei Proletarische Demokratie (*Democrazia Proletaria*, DP), waren zwar kleiner aber seit 1976 kontinuierlich im Parlament vertreten und bei der Jugend, in intellektuellen Kreisen und in außerparlamentarischen Mobilisierungen durchaus einflussreich (Balestrini und Moroni 1997; Pucciarelli 2011). Historische Perioden wie der antifaschistische Widerstand (1943–1945) oder das ‚lange Achtundsechzig‘ (1968–1977) sahen die Entstehung von starken und radikalen linksgeführten Massenbewegungen, die zwar die Macht nicht ergreifen konnten, aber oft wichtige soziale und politische Erfolge erzielten. Auf intellektueller Ebene dienten die Werke von Antonio Gramsci und seinen italienischen Nachfolgern, von Operaismus-Theoretikern wie Antonio Negri und von weiteren neomarxistischen und kritischen Denkern weltweit als Inspiration. Auch nach dem Fall des Ostblocks wurde die Entwicklung der Partei der Kommunistischen Wiedergründung (*Partito della Rifondazione Comunista*,

PRC) oft als Erfolgsgeschichte gewertet (Bertolino 2004). Obwohl sie 1996 nur 3,2 Millionen Stimmen (8,6 %) und 130.000 Mitglieder für sich gewinnen konnte, schien die Partei für viele externe Beobachter die Machbarkeit einer Erneuerung des europäischen Kommunismus zu beweisen. Sie wurde später als Mitgründer des Genua Sozialforums (2001), des Europäischen Sozialforums (2002) und der Partei der Europäischen Linken (2004) zu einer treibenden Kraft der internationalen Vernetzung der globalisierungskritischen Linken.

Von dieser Erfolgsgeschichte bleiben heute nur Trümmer. Bei den Parlamentswahlen in Italien 2008 verfehlten alle linken Listen die Vier-Prozent-Hürde. Die PRC spaltete sich in mehrere konkurrierende Organisationen, die meist in der Bedeutungslosigkeit versanken. Nur eine von ihnen schaffte seit 2013 dank Wahlbündnissen mit größeren Mitte-Links-Verbündeten den Wiedereinzug ins Parlament, verlor aber fortschreitend an Ausstrahlungswirkung und Kohärenz. Ferner konnte keine dieser schwachen, demoralisierten Gruppen einen wirksamen außerparlamentarischen Widerstand gegen die Wirtschaftskrise und die durch aufeinanderfolgende Regierungen betriebene Sozialabbaupolitik zu leisten. Die Neuwahl am 25. September 2022 änderte nichts an der Lage.

Die Etappen dieses Scheiterns sind leicht zu skizzieren. Schwieriger ist es, ihre tieferen Ursachen zu beleuchten. Letztlich scheinen die Perspektiven für einen möglichen Aufschwung derzeit düster zu sein. Der vorliegende Aufsatz wird versuchen, diese Fragen punktuell zu behandeln und plausible Antworten

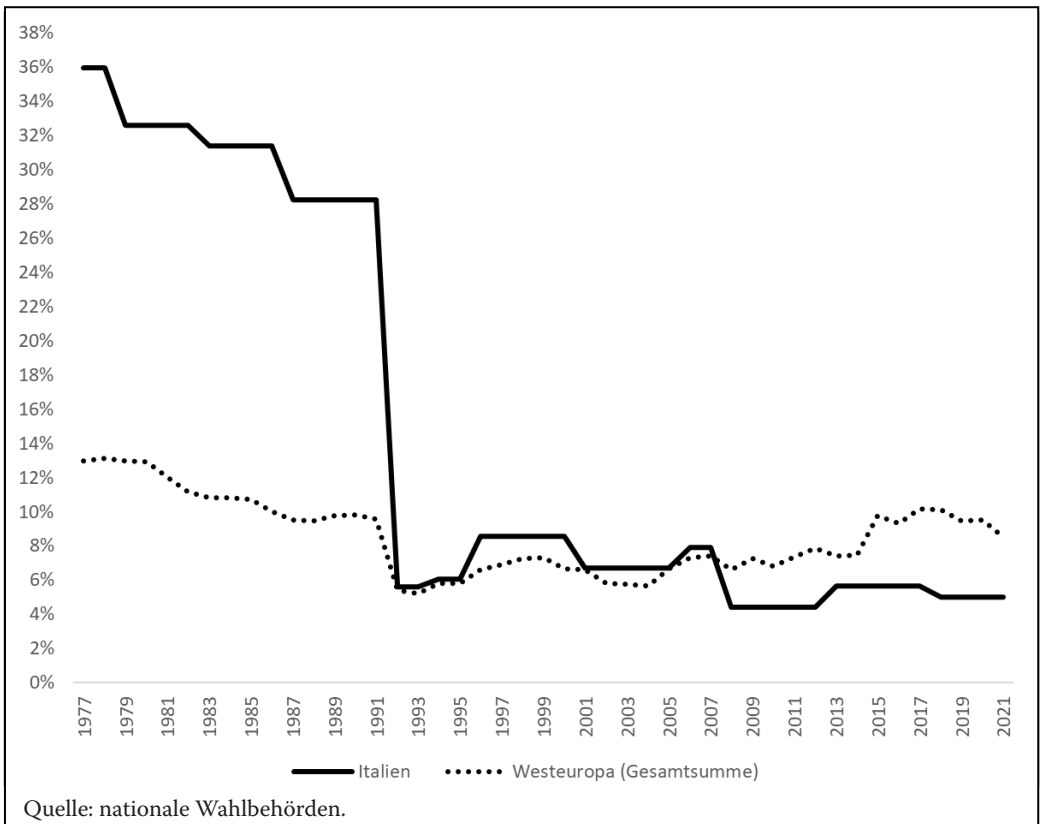
ten anhand einer italienischen und europäischen Perspektive zu liefern.

Etappen eines Niedergangs: 1977–2021

Der Niedergang der radikalen Linken in Italien kann anhand ihrer Wahlergebnisse beschrieben werden (Abbildung 1, Tabelle 1). Die Angaben beziehen sich auf den Anteil der gültigen Stimmen bei Parlamentswahlen (*Camera*) von 1977 bis 2021. Neben den italienischen Ergebnissen werden als Vergleichswert die Gesamtergebnisse in zwanzig westeuropäischen Staaten – Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, der Schweiz, Spanien, dem Vereinigten Königreich und Zypern – angeführt. Diese umfassen

mehr als 300 einzelne Parteien oder Wahllisten, die zwar unterschiedlich in Bezug auf ihre Größe, Herkunft, Ideologie und Radikalität sind, aber nachvollziehbar als Teil derselben Parteienfamilie – der sogenannten ‚radikalen Linken‘ – betrachtet werden können. Obwohl er nicht unstrittig ist, beschreibt der Begriff ‚radikale Linke‘ oder ‚Linke‘ eine Reihe von Parteien, die sich deutlich von den sozialdemokratischen und grünen Parteienfamilien durch ihre theoretische Opposition zum ökonomischen Liberalismus und Kapitalismus, ihren ideellen Anspruch auf Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse, ihr auf sozialen Schutz, Umverteilung und Emanzipation basiertes Programm und ihre internationalen Verbindungen (insbesondere die ‚Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL‘) unterscheiden (Chiocchetti 2017; Calossi 2016; March und Mudde 2005; De Waele und Seiler

Abb. 1. Wahlergebnisse linker Parteien in Westeuropa, 20 Länder (% der gültigen Stimmen)



Tab. 1: Wahlergebnisse linker Parteien in Italien (% der gültigen Stimmen)

	1987	1992	1994	1996	2001	2006	2008	2013	2018	2022
Gesamtsumme	28.3	5.6	6.1	8.6	6.7	8.0	4.4	5.7	5.0	6.3
PCI	26.6									
DP	1.7									
PRC		5.6	6.1	8.6	5.0	5.7	(SA)	(RC)	(PaP)	(UP)
PdCI/PCdi/PCI					1.7	2.3	(SA)	(RC)	(PaP)	0.1
SA (Wahlbündnis)							3.1			
RC (Wahlbündnis)								2.2		
PaP (Wahlbündnis)									1.1	1.4
SEL/SI								3.2	(LeU)	(AVS)
LeU (Wahlbündnis)									3.5	
AVS (Wahlbündnis)										3.7
Sonstige	0.0				0.0		1.3	0.3	0.4	1.2

Quelle: nationale Wahlbehörde (<https://elezionistorico.interno.gov.it/>).

2011). Während das Streben nach alternativen sozialistischen Gesellschaftsmodellen (z.B. Realsozialismus, demokratischem ‚Eurokommunismus‘ oder klassenlosem Kommunismus) vor 1989 ideologisch üblicherweise im Vordergrund stand, hat die zeitgenössische Linke dieses Ziel heruntergespielt und zum Teil aufgegeben und ist vor allem durch die Wiederaufnahme gemäßigter demokratischer, sozialer und ökologischer Reformen gekennzeichnet. Dadurch lassen sich vier deutlich definierten Phasen abbilden (Chiochetti 2017, 2021; Daiber u. a. 2010; Hildebrandt u. a. 2021; Kioukiolis und Katsambekis 2019; March 2012).

In der ersten Phase (1977 bis 1988) war die radikale Linke in Westeuropa insgesamt noch ziemlich stark, verlor aber allmählich an Kraft. In Italien blieb ihr Niveau außergewöhnlich hoch, weil sie die Krisen der 1950er Jahre (anders als in Nordeuropa) und der 1980er Jahre (anders als in Südeuropa) viel besser verkraftet hatte. Trotz einer langsamen Erosion seit der im Jahr 1976 erreichten Marke von 36,0 % gewann sie 1987 noch 28,3 % der Stimmen.

In der zweiten Phase (1989 bis 1993) brach diese Parteienfamilie in Westeuropa zusammen, als mehrere Parteien sich zur Sozialdemokratie oder zur politischen Ökologie bekannten und die übriggebliebenen durch den Zusam-

menbruch des real existierenden Sozialismus destabilisiert wurden. In Italien war der Sturm abrupt und brutaler. 1989 entschied die PCI-Führung, den Namen und die Natur der Partei zu ändern, rief 1991 eine formell ‚quasi-sozialdemokratische‘, inhaltlich sozialliberale Kraft ins Leben und rückte rasch nach rechts. Die sich daraus ergebende Partei – zuerst als PDS und später als DS benannt – verschmolz 2007 mit christdemokratischen und zentristischen Kräften in die Demokratische Partei (*Partito Democratico*, PD). Sie wurde insgesamt fast 17 Jahre lang – mit Unterbrechungen – Regierungskraft in Mitte-Links-Koalitionen und lagerübergreifenden Koalitionen und war mitverantwortlich für die Zerstörung des Nachkriegssystems von dirigistischer Wirtschaftspolitik, redistributiver Sozialpolitik, arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsbeziehungen und Konsensdemokratie (Fifi 2022; Guiso 2020). Mehrere linke Strömungen schlossen sich 1991 zur neokommunistischen PRC zusammen, erhielten aber nur 5,6 % der Stimmen bei der Wahl 1992.

In der dritten Phase (1994 bis 2008) schwankte diese Parteienfamilie in Westeuropa zwischen Hoffnung und Enttäuschung auf einem leicht aufsteigenden aber relativ niedrigen Wahlniveau. Die Ergebnisse in Italien fielen ähnlich bzw. leicht höher aus. Am Anfang

wuchs die PRC von 5,6 % (1992) auf 8,6 % (1996). Die durch das neue Mehrheitswahl-system und Parteiensystem geförderte Zusammenarbeit mit Mitte-Links-Kräften wurde aber zum Zankapfel und verursachte immer wieder innere Konflikte, Abspaltungen und Wahlverluste. Die Partei wechselte mehrmals zwischen Wahlbündnissen und Alleingang sowie zwischen Opposition (1995–1996, 1998–2001), externer Tolerierung (1996–1998) und direkter Beteiligung (2006–2008) an Mitte-Links-Regierungen. Gemäßigte Strömungen verließen die Partei im Jahr 1995 (Bewegung der Einheitskommunisten, *Movimento dei Comunisti Unitari*, MCU) und im Jahr 1998 (Partei der italienischen Kommunisten, *Partito dei Comunisti Italiani*, PdCI); kleinere radikale Gruppierungen taten dergleichen in den Jahren 1996–1998 und 2006–2008. Die Gesamtergebnisse dieser Parteien fielen auf 6,7 % (2001) und 8,0 % (2006). Letztendlich schlossen sich verschiedene linke und Mitte-Links-Kräfte zum Wahlbündnis Die Linke – Der Regenbogen (*La Sinistra – L'Arcobaleno*, SA) zusammen, das 2008 mit 3,2 % eine katastrophale Niederlage erlitt und den Einzug ins Parlament verpasste.

In der vierten Phase (2009–2021) erlebte die europäische Linke in Westeuropa einen starken, wenn auch geographisch ungleichmäßigen, Aufschwung. Ihre Gesamtergebnisse stiegen über das Niveau von 1989 bis zu einem Höhepunkt von 10,2 % im Jahr 2017. Nach der Weltfinanzkrise feierten alte und neue Parteien eklatante Wahlerfolge in Griechenland (45,0 %), Spanien (22,6 %), Portugal (20,7 %), Irland (27,6 %) und Frankreich (14,6 % bei den Parlamentswahlen, aber 21,3 % bei den Präsidentschaftswahlen). Gleichzeitig erlebten auch einige sozialdemokratische Parteien eine linke Erneuerung: insbesondere die britische Labour Party, die 2017 mit Jeremy Corbyn 40,0 % der Stimmen erhielt und die Wahl nur knapp verlor. Im starken Gegensatz dazu blieb die italienische Linke sehr schwach. Die Gesamtergebnisse stiegen zwar leicht von 4,4 % (2008) auf 5,7 % (2013) und 5,0 % (2018), waren aber auf mehrere konkurrierenden Gruppierungen verteilt und zum guten Teil dem Beitrag von Wahlbündnissen mit nichtradikalen sozial-

demokratischen, grünen und sonstigen Kräften zu verdanken. Insgesamt ist die Wählerschaft von Organisationen, die sich ausdrücklich als Erben der Geschichte der PCI und PRC, sowie als Teil der zeitgenössischen radikalen Linken verstehen, auf höchstens 2–3 % gesunken. Die Entwicklung der einzelnen Kräfte lässt sich nicht leicht zusammenfassen, da sie wiederholt ihren Namen änderten, Abspaltungen und Fusionen erlebten und zumeist nicht eigenständig zur Wahl antraten. Eine größere rechte Strömung um Nichi Vendola und Nicola Fratoianni verließ 2009 die PRC und gründete mit weiteren Partnern eine neue Partei, zuerst als Linke Ökologie Freiheit (*Sinistra Ecologia Libertà*, SEL) und heute als Italienische Linke (*Sinistra Italiana*, SI) bekannt. Diese Partei schaffte 2013 als PD-Verbündeter den Wiedereinzug ins Parlament mit 37 Abgeordneten, verlor aber diese Abgeordneten schrittweise durch scharenweise Austritte und schlechte Wahlergebnisse wieder: 2017 blieben nur siebenzehn Abgeordnete, 2018 drei Abgeordnete, und 2021 ein Abgeordneter übrig. Die 2018 treibende Kraft innerhalb des LeU-Wahlbündnisses, die PD-Abspaltung Artikel Eins (*Articolo Uno*, Art.1), identifizierte sich immer als Teil der sozialdemokratischen Parteienfamilie und trat 2022 wieder innerhalb der PD-Wahl-liste an. Die fortbestehende PRC um Paolo Ferrero und Maurizio Acerbo versuchte eine Zusammenarbeit der oppositionellen Linken zu ermöglichen; die meist kurz vor Wahlen unter unterschiedlichen Bezeichnungen ins Leben gerufenen Wahlbündnisse blieben jedoch stets erfolglos. Der Wahlerfolg blieb auch für sonstige radikalere Kräfte aus. Verschiedene trotzkistische Gruppen gewannen 1 % bei der Wahl im Jahr 2008, aber nur 0,1 % bei der Wahl im Jahr 2018 und traten diesmal nur in wenigen Wahlkreisen an. Die orthodoxe Kommunistische Partei um Marco Rizzo (*Partito Comunista*, PC) wuchs hingegen von 0,3 % bei der Wahl 2018 auf 0,9 % bei der Europawahl 2019.

Bei der Wahl 2022 erhielten verschiedene Listen mit linken Beteiligung insgesamt 6,3 % der gültigen Stimmen: das gemäßigte Bündnis Grüne und Linke (*Alleanza Verdi e Sinistra*, AVS) kam auf 3,6 %, das radikalere Bündnis Volksunion (*Unione Popolare*, UP) auf 1,4 %

Georg Spitaler

Wohnbau im Roten Wien

Spukende Erinnerungen an eine linke Politik aus der Krise

Wenn in den letzten Jahren über Möglichkeiten und Spielräume eines kommunalen Sozialismus unter neoliberalen Rahmenbedingungen nachgedacht wird, kommt dabei oft das *Rote Wien* ins Spiel. Der Begriff steht einerseits für das von einer absoluten sozialdemokratischen Mehrheit regierte Wien der Jahre 1919 bis 1934, als historisches Projekt eines „antizipatorischen Sozialismus“ (Maderthaler 2017: 210), wird oft aber auch für das Wien der Gegenwart verwendet, das, nach dem Bruch von Austrofaschismus und Nationalsozialismus, seit 1945 wieder von einem Bürgermeister der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) – so der heutige Parteiname – regiert wird. Aus Sicht der Gegenwart kann das historische Rote Wien als Möglichkeitsraum, als vergangene Zukunft unterschiedlicher emanzipativer Projekte dienen, als Epoche, „in der politischer Gestaltungswille und Aufklärung eine fragile Allianz eingingen“ (McFarland u. a. 2020: 8).

Diese Projekte umfassten etwa eine humanistische Bildungspolitik, feministische Aufbrüche und nicht zuletzt den ikonischen Wohnbau der Wiener Gemeindebauten, der heute, da die Wohnungsfrage wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist, auch die internationale Rezeption des Roten Wiens bestimmt. David Harvey (2013) reihte das Rote Wien vor einigen Jahren in die „lange und beeindruckende Geschichte des Munizipalsozialismus“ ein, als Beispiel für „ganze Phasen radikaler urbaner Reformen“, die es für aktuelle antikapitalistische Kämpfe zu betrachten gälte (ebd.: 235f.). Auch aus Berliner Sicht ist Wien heute ein „Sehnsuchtsort“ geworden

(Holm 2019: 36) – „[w]ohl kaum eine Stadt muss so oft als Beispiel für eine Alternative zur eigenen Wohnungspolitik herhalten“ (ebd.). Genährt werde dieser Mythos des Roten Wiens nicht zuletzt durch einen bis in die Gegenwart stabilen Bestand des sozialen Wohnbaus (ebd.: 37), von dem Städte wie Berlin nach den Privatisierungs- und Deregulierungswellen der Post-Wendezeit nur träumen können. Auch die gegenwärtige Wiener Stadtverwaltung bewirbt das „Wiener Modell“ des Wohnbaus international (vgl. z. B. Förster 2016); zwar hat sich dieses in der Zwischenzeit weit von den Konzepten des historischen Roten Wiens entfernt – marktbasierende Modelle des geförderten Wohnbaus haben den Bau von städtischen Gemeindewohnungen weitgehend ersetzt und auch Wien ist vom starken Anstieg von Wohnungsmieten und der Kommodifizierung von Boden und Wohnraum betroffen¹ – die historische Pfadabhängigkeit der Wohnbaupolitik führt aber dazu, dass das bauliche Erbe des Roten Wiens bis in die Gegenwart Entwicklungen des deregulierten Wohnungsmarktes insgesamt zumindest verlangsamt hat (Kadi 2015, Kadi u. a. 2021). Dies auch deshalb, weil in dem nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten korporatistischen Parteien- und Verbände-staat das System gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften ausgebaut wurde, wobei die Interessen der beiden großen politischen Parteien, der SPÖ und der christlich-konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), mit denen von Interessensverbänden und Bundesländern verzahnt wurden, was in der Wohnungspolitik eine starke Beharrungskraft ausübte (Matznetter 2002).

Lutz Brangsch

Nachdenken über linke Kommunalpolitik

Viele Jahre lang war im Osten Deutschlands die Kommunalpolitik ein wichtiger Bestandteil und eine Grundlage der politischen Reichweite und des Einflusses der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und dann der Linkspartei. Das hat sich verändert. Nicht nur wegen des demographischen Wandels, des Verschwindens jener Generationen von Parteimitgliedern und Wählern, die dies verkörpern und umsetzen, sondern auch wegen der Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen und in der Kommunalpolitik.

Jahrelang verließen viele, vor allem jüngere Menschen die Dörfer und zogen in die Stadt, oft nach Westdeutschland. Es verschwanden nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch die Menschen. Die Konzentration der landwirtschaftlichen Nutzflächen bei Großunternehmen muss in Rechnung gestellt werden, immer weniger Menschen waren nötig, um immer größere Flächen zu bearbeiten, ähnliches vollzog sich in der Tierproduktion. Die Tendenz ging und geht in Richtung „Dörfer ohne BäuerInnen“. Seit einigen Jahren ziehen wieder mehr Menschen aus den Städten auf das Land. „Home Office“ und das Internet machen es möglich. Was aber macht die Veränderung der Beschäftigungs- und der bildungsbürgerlichen Strukturen, neben der der demographischen und Altersstrukturen, mit der Kommunalpolitik in den Dörfern und kleineren Gemeinden?

In den Städten, zumal den größeren Städten wird Kommunalpolitik für viele oft erst dann interessant, wenn man sich über etwas beschweren will. Oder wenn es um ganz unmittelbare Angelegenheiten der eigenen Kinder, um deren Schule oder um die eigene Straße,

den eigenen Kiez geht. Die Schwierigkeiten des Umgangs mit Kommunalpolitik beginnen bereits bei der Bestimmung ihres Gegenstandes. In Berlin war „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ursprünglich eine Bürgerinitiative, die Unterschriften sammelte und schließlich einen Volksentscheid erwirkte. Die Linkspartei unterstützte die Initiative und trug zur Unterschriftensammlung bei, ein Landesparteitag der Grünen signalisierte Unterstützung, die SPD lehnte parteioffiziell das Anliegen ab, es würde den erforderlichen Wohnungsbau behindern, während die Jusos sich dafür aussprachen. CDU und FDP waren grundsätzlich dagegen, Mieterverbände, verschiedene Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchenkreise dafür. Der Volksentscheid fand schließlich am 26. September 2021 statt, zusammen mit den Wahlen zum Bundestag und zum Berliner Abgeordnetenhaus. Mehr als eine Million Berliner befürwortete das Anliegen, über 59 Prozent der gültigen Stimmen wurden für die Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen abgegeben, knapp 41 Prozent lehnten das Vorhaben ab.

Die Senatsparteien konnten sich über den Umgang mit diesem Ergebnis jedoch nicht einigen. Eingesetzt wurde eine Expertenkommission, die eine Umsetzung des Volksentscheids prüfen soll. Obwohl eine deutliche Mehrheit für den Vorschlag gestimmt hatte, findet die Verschleppung der Realisierung des Auftrages jedoch wenig Resonanz in der Bevölkerung. Wahrscheinlich hatten viele ohnehin nichts anderes erwartet. Der Volksentscheid geht wie viele andere Initiativen den üblichen Weg aus der Öffentlichkeit in die Sphäre des

Verwaltungshandelns. Dies aber folgt eigenen Gesetzen in einer eigenen Kultur. Diese Eigen-gesetzlichkeit und Kultur sind Außenstehenden weitgehend fremd. Es ist erstaunlich, dass gerade auf diesem Feld, von dem praktisch jeder Mensch betroffen ist, relativ wenig außerhalb der Kreise der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker diskutiert wird. Dabei sind die Wandlungen im kommunalen Raum beträchtlich.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit den Veränderungen in der Kommunalpolitik, die sich in den vergangenen dreißig Jahren vollzogen haben, und mit der Frage, inwiefern es hier Ansätze für eine linke Politik geben kann.

Veränderte Bedingungen

Regionen und Kommunen sind nicht einfach tatsächliche oder potentielle Wirtschaftsstandorte, sondern soziale Räume, in denen sich Politik formiert, strukturiert und sie mit vielfältigen kulturellen Faktoren verbindet. Mit der Auflösung des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses schwindet die Bedeutung des Arbeitsplatzes als Ort der Sozialisierung und Politisierung. Der klassische Industriebetrieb ist durch Kleinunternehmen verschiedener Ausrichtung verdrängt, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit und Homeoffice fragmentieren die Belegschaften. Gleichzeitig zerfallen die traditionellen sozialen Beziehungen im kommunalen Raum. Das wirft die Frage auf, wo Möglichkeiten jenseits der Medien und des Internets (oder neben ihnen) liegen, um linke Politik wirksam und sinnlich erfahrbar werden zu lassen. Das Aufkommen von rechten, migrationsfeindlichen und gesellschaftskonservativen Montagsdemos und von Protesten gegen die Corona-Politik zeigt, dass auch die Mobilisierung über das Internet immer an den kommunalen Raum und die dort verankerten Milieus mit ihren Problemen gebunden bleibt. Wie sieht also eine „hybride“ linke Kommunalpolitik aus, die sowohl den virtuellen Raum mit seinen sich widersprechenden Tendenzen zu Globalität und Abschließung, als auch den alltäglichen Raum des Lokalen erfasst?

Verändert haben sich zunächst die „BürgerInnen“ als AkteurInnen und AdressatInnen von Kommunalpolitik. Sie nehmen ihre Stellung in der Gesellschaft und der lokalen Gemeinschaft heute anders wahr als noch in den 1990er Jahren. Der mit den Hartz-Gesetzen und der Demontage des Rentensystems vollzogene Bruch mit dem alten sozialstaatlichen Kompromiss ist durch eine Ausweitung prekärer Formen des Arbeitens über viele soziale Schichten hinweg und die Austrocknung der kulturellen Infrastruktur weiter vertieft worden. Die Kommunen haben nur noch wenige Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Der Widerstand gegen geschlechtsspezifische Diskriminierungen, die früher normal schienen oder gar nicht als solche wahrgenommen oder oft im familiären Rahmen verdeckt wurden, wächst, und zwar neben den in verschiedenen Organisationsformen – Gewerkschaften, Sozialverbänden, Parteien – traditionell institutionalisierten sozialen Widersprüchen. Die Reaktionen darauf schwanken zwischen einer Belegung konservativer Ressentiments, wie sie etwa die AfD politisiert, und neuen Organisationsformen aus dem feministischen und LGBT-Milieu.

Quer dazu liegen die durch den Finanzmarktkapitalismus geprägten Maßstäbe kommunalen Wirtschaftens, die die wachsende Vielfalt der Anforderungen auf eine möglichst geringe Zahl von Parametern reduzieren sollen und dabei grundlegende Umverteilungsinteressen der Oberschicht verdecken, aber eine enorme kulturelle Durchschlagskraft entwickeln konnten. Das zeigt sich auf lokaler Ebene in den Problemen der Infrastruktur, der medizinischen Versorgung und des Arbeitsmarktes.

Obwohl bereits in der Weltwirtschaftskrise ab 2007 sichtbar wurde, wie tief Kommunen durch die Nutzung „innovativer Finanzprodukte“ in die Finanzialisierungsprozesse verstrickt sind, werden Bestrebungen, die haushaltspolitischen Restriktionen durch Finanzgeschäfte zu kompensieren, weitergetrieben. Die Pleite der Bremer Greensill Bank (die zu einer anglo-australischen Finanzgruppe gehörte) im März 2021 zeigte die unveränderte Anfälligkeit von StadtkämmerInnen für riskante Geschäfte. Bei Wiesbaden waren es

Ulrich Busch

Kommunismus – Zukunftsentwurf oder vergangene Realität?

*„Kommunismus – das ist: wo keiner nichts hat
und keiner nichts weiß und wo alles gemeinsam ist.“
Johannes Bobrowski (1979: 206)*

Ein Begriff, der in letzter Zeit wieder sichtlich an Relevanz gewonnen hat, ist der des Kommunismus. Wurde dieser nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus nur noch verächtlich als „ein Haufen kalter Asche“ (Izzo 1996: 31) geschmäht und nach 1990 bloß noch als „ein Phänomen der Vergangenheit“ (Lefort 1999: 5) behandelt, so wird heute wieder ernsthaft über ihn diskutiert. Nicht unbedingt als Sofortlösung für die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme der Gegenwart, aber doch als seriöse Option, gesellschaftliche Alternative und Perspektive für die menschliche Gesellschaft (vgl. exemplarisch: Badiou, Žižek 2012-2015; Brangsch, Brie 2016; Mason 2016; Wright 2017; Meretz, Sutterlütti 2018). Während auf kurze bis mittlere Sicht noch die Überzeugung überwiegt, kein Kapitalismus sei „auch keine Lösung“ (Herrmann 2017), stellt sich dies langfristig anders dar: Im Kontext von Großer Transformation, Postwachstumsgesellschaft und Postkapitalismus ist die kommunistische Idee als Alternativkonzept und Zukunftsszenario erneut im Gespräch: „Der Kommunismus steht wieder vor der Tür.“ (Žižek 2011: 294)

Die Rückkehr des Kommunismus in den sozialtheoretischen und politischen Diskurs verlangt jedoch seine Reformulierung als Gesellschaftsmodell. Dabei kann zwar an frühere Ideen, Utopien und Theorien, Experimente und Erfahrungen angeknüpft werden. Dies aber immer unter Berücksichtigung der Tatsache, dass diese Reflex und Resultat *anderer Zeiten*, *anderer Zustände* und *anderer Möglichkeiten* waren. Auch anderer Nöte und Hoffnungen. Sie sind ihrer Natur nach Gegenent-

würfe zu *früheren* Gesellschaften und folglich Abbilder und Projektionen *ihrer*, nicht aber unserer Zeit, geschweige denn der Zukunft. Sie taugen daher nur bedingt und unter Inkaufnahme erheblicher Korrekturen als Entwürfe für eine künftige Gesellschaft.

Wenn heute von Kommunismus die Rede ist, so weder im Sinne einer Rückbesinnung auf den „Urkommunismus“, als einem der Menschheit im Verlaufe ihrer Entwicklung verloren gegangenen Paradies, noch in Erinnerung an das bislang nicht zur Ruhe gekommene „Gespenst“ der 1840er Jahre (Brangsch, Brie 2016). Und auch nicht mehr in Erwartung eines gewaltsamen revolutionären Umsturzes, wie er 1871 in Frankreich versucht und 1917 in Russland, wenn auch ohne Verwirklichung des anvisierten Ziels der Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, erreicht worden ist. Vielmehr geht es nunmehr um die endliche Realisierung einer langgehegten Hoffnung, um das allmähliche, aber „wirkliche Überschreiten“ alles Bisherigen, wodurch „das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist“, freigelegt und so „die in der Geschichte angelegte, dialektisch verlaufende Tendenz“ aktiviert wird (Bloch 1985: 2).

Nachdem der Kapitalismus wirtschaftlich, sozial, ökologisch und ethisch an seine Grenzen gekommen und der Übergang „aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte“ (MEW 25: 456)¹ herangereift ist, wird der Kommunismus zu einem realistischen Vorhaben, einem Projekt zur Verwirklichung einer humanistischen Idee und Zukunftsvision, zu einem wissenschaftlich fundierten Zukunftsentwurf. Damit aber ist er als etwas grundsätz-

Rainer Land

Hat der Green New Deal eine Chance?

Umweltkrise und wirtschaftliche Entwicklung¹

Mein Thema sind die globale Umwelt-, Klima- und Biodiversitätskrise und deren Konsequenzen, der wissenschaftliche Hintergrund meiner Ausführungen sind evolutorische Theorien und Modelle sozioökonomischer Entwicklung, die ich strikt von neoklassischen Wachstumsmodellen unterscheiden möchte (siehe unten).

Öffentlich im Fokus steht der *Klimawandel*, verursacht durch die Emission von CO₂ und anderen Klimagasen in die Erdatmosphäre. Ebenso dramatisch aber sind die Krise der *Biodiversität*, der Verlust der *Bodenfruchtbarkeit*, die existenzielle Schädigung der *Wasserkreisläufe*, *Plastik im Meer und im Boden*, *Luftschadstoffe* und das *Waldsterben*, das nach einer gewissen Erholung nun wieder schlimmer geworden ist und wird.²

Die globale ökologische Krise hat existenzielle Ausmaße. Zusammen mit einer sozioökonomischen Krise – Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Hunger, fehlende Erwerbsperspektiven – bedroht sie die Entwicklungsmöglichkeiten der heute lebenden und der künftigen Generationen, letztlich die *Existenz für Milliarden Menschen*.

Zunächst setze ich voraus, dass die sozialen und die ökologischen Krisen miteinander verzahnt sind und nur im Zusammenhang miteinander gelöst werden können. Dabei muss man ein differenziertes Bild der sozioökonomischen und der ökologischen Krise zeichnen. Je nach Region (Norden-Süden) und Vorgesichte (Industrieländer des Westens, Entwicklungsländer, Indien anders als China) sind andere Voraussetzungen gegeben und andere Szenarien denkbar und zu erwarten. Bemerkenswert sind die großen Fortschritte Chinas

bei der Reduzierung der Armut und der Verbesserung der Lebenssituation von vielen Millionen Menschen. Dies gehört zu den großen Leistungen der vergangenen Jahrzehnte. Wenn China es schafft, bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen und der Umsetzung des Programms zum Aufbau einer nachhaltigen Ökozivilisation weitere Fortschritte zu erreichen, hat die globale ökologische Transformation vielleicht eine Chance. Nötig wäre internationale Kooperation statt fortgesetztes China-Bashing.

Afrika galt lange als eher verlorener, stagnierender Kontinent mit eskalierenden sozialen und politischen Problemen – und dies ist in einigen Staaten und Regionen nach wie vor der Fall. Aber es gibt auch hoffnungsvolle Entwicklungen. Einige Länder sind dabei, sich aus der Armutsfalle zu befreien (vgl. Sieren 2015).

Soziale Rückschritte gibt es in Lateinamerika. In den entwickelten Ländern verzeichnet die Wissenschaft eine Zunahme der Ungleichheit und der Armut im unteren Drittel der Einkommensskale, gefolgt von Wohnungslosigkeit, Gesundheitsproblemen, Drogen usw. Das alles ist nicht Gegenstand meiner Ausführungen, sollte aber als sozialökonomischer Kontext der Ökokrise im Kopf behalten werden.

Die Ursache der Ökokrise

Oft wird der Kapitalismus pauschal als Ursache gesehen, weil er *endloses Wachstum* generiert, meint man. So pauschal ist das unstrittig: Kapitalismus ist das dominante Wirtschaftssystem und somit für alles Böse und alles Gute

verantwortlich, was mit Wirtschaft zusammenhängt. Diese These sagt alles und nichts. Noch schlimmer ist die Umkehrung: mit der Beseitigung des Kapitalismus wären die Umweltkrisen gelöst? Mitnichten. Um den Zusammenhang zu verstehen, muss man Kapitalismus differenzierter betrachten und historische Phasen unterscheiden. Auch der Zusammenhang von Kapitalverwertung, Wirtschaftswachstum und Umwelterstörung benötigt ein besseres Verständnis, meines Erachtens ein evolutorisches Modell wirtschaftlicher Entwicklung. Die Wachstumstheorie – in ihrer positiven wie auch ihrer negativen Fassung (Postwachstum) ist keine geeignete wissenschaftliche Grundlage, sie kann überhaupt nur in einer Theorie wirtschaftlicher Entwicklung sinnvoll rekonstruiert werden.

Die mit der Durchsetzung des Kapitalismus seit der industriellen Revolution vor rund 300 Jahren entstandene *industrielle Produktionsweise* ist *keine* Kreislaufwirtschaft. Das Erdsystem dagegen ist stofflich ein Kreislaufsystem, energetisch ein entropieexportierendes System. Es besteht mit allen darin eingeschlossenen Ökosystemen aus Kreisläufen, die durch den Energiestrom der Sonne und den dabei realisierten Entropieexport angetrieben werden. Es besteht aus vielen verbundenen Ökosystemen, der Geo- und Biosphäre der Erde, die in eine Umgebung eingebettet ist, die durch ein erhebliches thermodynamisches Ungleichgewicht charakterisiert ist.

Alle Stoffe im Erdsystem laufen in Kreisen, d.h. sie werden auf- und wieder abgebaut: Wasser, Gesteine, Erze, vor allem aber Biomasse. Von außen kommen (fast) keine Stoffe hinzu und es verlassen die Erde auch (fast) keine. Seit über vier Milliarden Jahren ist die Erde stofflich ein (fast) geschlossenes Kreislaufsystem, das sich allerdings mehrfach gewandelt hat, daher kann man verschiedene geologische Formationen unterscheiden. Ein solcher Einschnitt war die Entstehung der Sauerstoffatmosphäre.

Energetisch ist das Erdsystem dagegen offen. Vielmehr wird täglich (und jährlich) eine bestimmte Energiemenge durch die Sonnenstrahlung in das Erdsystem eingetragen und die gleiche Energiemenge (im Mittel exakt die

gleiche Menge) ebenfalls täglich (und jährlich) wieder in den Weltraum abgestrahlt. Die Energiemenge ist gleich, aber die eingestrahlte Energie hat eine geringere Entropie (weil eine höhere Temperatur) als die abgestrahlte, wegen der Temperaturdifferenz ist Entropieexport möglich, es arbeitet eine „Photonenmühle“ (Ebeling 1994: 84ff), ein Prozess, in dem physikalisch Arbeit verrichtet wird. Der Strom der Energie aus dem hohen in das niedrigere Temperaturniveau treibt (fast) alle Erdsysteme an: Wind und Wetter, Wasserströme, alle Ökosysteme, Pflanzen, Tiere und auch die menschlichen Produktionssysteme, die landwirtschaftlichen wie auch die industriellen (vgl. Köhler 2019, Teil II).

Allerdings sind die industriellen und heute auch die meisten landwirtschaftlichen Produktionssysteme nicht mehr in die Stoffkreisläufe des Erdsystems integriert.

Industrielle Produktion funktioniert in der Regel so, dass Rohstoffe entnommen werden, zu Produkten, Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln verarbeitet und verbraucht werden und die Abprodukte am Ende als Müll deponiert werden. Dabei ist zwischen festen, flüssigen und gasförmigen Rohstoffen und Abprodukten zu unterscheiden. In der Produktion werden natürliche Wirkprinzipien (mechanische, chemische, biologische, kernphysikalische, elektronische und andere) kombiniert, in der Regel durch Zufuhr von Energie. Dadurch werden aus Rohstoffen Produkte mit nützlichen Eigenschaften als Produktions- oder Konsumtionsmittel. Zugleich entstehen Abprodukte. Das sind die während der Produktion ausgeschiedenen Komponenten der Rohstoffe (z.B. Schlacke in der Metallurgie oder CO_2 in der chemischen Industrie oder der Energiewirtschaft) oder das verbrauchte, real oder moralisch verschlissene Produkt selbst, z.B. das abgenutzte Werkzeug, die verschrottete Maschine, der Bauschutt des abgerissenen Hauses. Gasförmige Abprodukte werden in die Atmosphäre abgegeben, z.B. CO_2 , SO_2 , NO_x und andere, flüssige als Abwässer in die Binnengewässer und die Meere – z.B. Chemikalien, darunter zunehmend Rückstände der Medikamente in teilweise giftigen Konzentrationen –, feste Abprodukte

in Form von geordneten oder ungeordneten Mülldeponien. Z.B. landet Plastikmüll über die Flüsse in den Meeren und Ozeanen.

Ein je nach Stoffgruppe mehr oder weniger kleiner oder großer Teil wird dann von den Ökosystemen verarbeitet, geht wieder in die Ökokreisläufe zurück und kann erneut genutzt werden. Das betrifft Wasserkreisläufe, Biomassekreisläufe, auch einige Minerale. Inzwischen ist eine Industrie entstanden, die dieses Recycling organisatorisch und technologisch aktiv gestaltet, also neue Rohstoffe aus Abprodukten gewinnt. Bei vielen Stoffen ist der Kreis aber nicht geschlossen.

Daraus entstehen zwei Probleme. Erstens: Wenn viel entnommen und nichts oder wenig durch den Kreislauf zurückkehrt, werden die entsprechenden natürlichen Rohstoffe irgendwann knapp und verbraucht – und bis dahin werden sie immer teurer, weil es aufwendiger wird, sie zu gewinnen. Prognostizierter Rohstoffmangel – vor allem Mangel an Erdöl – war die erste große These des Club of Rome-Berichts in den 1970er Jahren. Man fragte: Wann ist das Erdöl zu Ende? Heute wissen wir, dass dies nicht die zentrale Frage ist. Vielmehr geht es heute darum, so viel und so bald als möglich das Öl, die Kohle und auch das Erdgas nicht mehr zu fördern, als Senken in der Erde zu lassen, damit es nicht nach der Verbrennung als CO_2 in der Atmosphäre landet und den Klimawandel beschleunigt.

Zweitens: Ein noch größeres Problem sind die Abprodukte. Die meisten industriellen Abprodukte sind *nicht umweltkompatibel*. Es sind keine natürlichen Stoffe. Sie können von den Natursystemen nicht verarbeitet werden (sind nicht biologisch abbaubar), führen zu wachsenden Deponien mehr oder weniger umweltschädlicher Stoffe. Die Folge ist, dass die Funktionsweise der Ökosysteme gestört wird und diese früher oder später komplett ausfallen, wenn der Eintrag solcher Stoffe die Tragfähigkeitsgrenzen überschreitet. Das war schon früher so bei einigen Flüssen und Seen, das passiert derzeit mit dem Boden und dem Wald, auch mit den Meeren und dem Klimasystem insgesamt. Dies geschieht nicht nur, wenn nicht umweltkompatible (d.h. für die Funktion der Ökosysteme in den emittierten

Mengen giftige) Stoffe in die Ökosysteme gelangen (z.B. FCKW, Plastik, Medikamente, Nitratre, Medikamentenrückstände), sondern auch bei biologisch abbaubaren Abprodukten, wenn die Tragfähigkeitsgrenzen von Ökosystemen überschritten werden. CO_2 ist eine natürliche Chemikalie, die im Erdsystem vorkommt. Sie ist an sich umweltkompatibel. Aber wenn laufend mehr davon in die Atmosphäre gelangt, als gleichzeitig abgebaut wird (vor allem durch Pflanzen, speziell Meeresalgen) und natürlich deponiert werden kann (z.B. in Kalkablagerungen in den Meeren und durch Bildung von Gesteinen), dann steigt der CO_2 -Gehalt der Atmosphäre, was den Treibhauseffekt steigert und zum Klimawandel und irgendwann (wahrscheinlich in den nächsten 100 Jahren) zum Zusammenbruch des Klimasystems (Stichwort Kippunkte) führt.

Ein zentrales Problem der industriellen Entwicklung war und ist der Übergang von erneuerbaren zu fossilen Energien. Vorindustrielle Produktionsweisen haben fast ausschließlich erneuerbare Energie genutzt, in der Regel Sonnenenergie, die in Biomasse gespeichert war und aus Holz oder Agrarprodukten stammte. Dabei entspricht die freigesetzte Menge an CO_2 der Menge, die durch die Biomasse gebunden wird – und zwar in Zeiträumen von wenigen Jahren. Hinzu kam Sonnenenergie aus Wind- und Wasserkraft, dabei wird kein CO_2 emittiert.

Mit der „großen Industrie“ wurden Energierohstoffe genutzt: Kohle, Erdöl, Erdgas. Auch dabei handelt es sich um gespeicherte Sonnenenergie – aber die Energie, die in Jahrtausenden gebunden wurde und nun in wenigen Jahrzehnten freigesetzt wird. Das in langen Zeiträumen aus der Atmosphäre entnommene CO_2 wird in kurzer Zeit freigesetzt, daher wird pro Zeiteinheit heute sehr viel mehr CO_2 emittiert als gebunden, der CO_2 -Gehalt der Atmosphäre steigt und der an sich notwendige und wünschenswerte Treibhauseffekt (vgl. Seite „Treibhauseffekt“ in Wikipedia) nimmt zu, übersteigt das für die Funktionsweise der Biosphäre geeignete Maß. Die eigentlich in den nächsten Jahrhunderten zu erwartende Eiszeit fällt aus, stattdessen bekommen wir eine Warmzeit, die sich in wenigen Jahren statt in Jahr-

Christopher Wimmer

Zwischen Aktivität und Resignation

Wie arme Menschen mit gesellschaftlichen Zuschreibungen umgehen

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen – zu nennen sind durch die Inflation massiv steigende Lebensmittelpreise, die Energiekrise und der Krieg in der Ukraine – wird öffentlich wieder verstärkt über Armut und soziale Ungleichheit diskutiert. So erklärte etwa Jochen Brühl, Vorsitzender der „Tafel Deutschland“, dass seit Beginn des Jahres die Nachfrage nach kostenlosen Lebensmitteln konstant steigt. Während die Tafeln im Jahr 2017 rund 1,5 Millionen Bezieher*innen versorgen mussten, sei die Zahl in den letzten beiden Jahren auf 1,65 Millionen Menschen angestiegen. Dazu trage auch die Pandemie bei: „Viele armutsbetroffene Menschen haben diese Zeit mit letzter Kraft überstanden, jetzt sind alle Reserven und Ressourcen aufgebraucht“, so Brühl (Guglielmino 2022). In den sozialen Medien berichten zahlreiche Menschen unter dem Hashtag #ichbinarmutsbetroffen von ihren persönlichen Erfahrungen mit Armut. Diese Entwicklungen korrelieren mit einem in den letzten Jahren gestiegenen Interesse der Soziologie am Thema Armut (z. B. Böhnke u. a. 2018; Butterwegge 2020; Cremer 2017; Nachtwey 2016). Übereinstimmend stellen diese Studien eine Armutsquote zwischen 14 und 17 Prozent in der bundesdeutschen Bevölkerung fest. Armut ist somit ein zentrales gesellschaftliches Problem.

Doch was ist Armut, d. h. wie wird sie definiert und was bedeutet sie subjektiv für die von ihr Betroffenen? Um diese Fragen zu beantworten, werde ich zunächst kurz den Armutsbegriff mitsamt der gesellschaftlichen Trennlinie zwischen „würdiger“ und „unwürdiger“ Armut umreißen. Anschließend stelle

ich die Frage, wie arme Menschen mit Armut umgehen, und analysiere sie anhand von drei Fallbeispielen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit der verwendeten rekonstruktiven Methode argumentiere ich, dass die klassenspezifischen Habitusformen der Menschen zentralen Einfluss auf den Umgang mit Armut haben. Somit verstehe ich Armut nicht nur als Stigma von außen (Gurr; Jungbauer-Gans 2017), sondern nehme auch die generativen Prozesse in den Blick, die ihr zugrunde liegen, und frage, wie sie sich subjektiv ausdrücken.

Armut und negative Klassifikationen

In der Armutsforschung wird zwischen dem Ressourcen- und dem Lebenslagenansatz unterschieden. Im Ressourcenansatz wird primär die Verfügung über monetäre Ressourcen verhandelt und zwischen einer absoluten und relativen Form von Armut differenziert. Absolute Armut meint die Einkommensuntergrenze, unter der das Überleben dauerhaft bedroht ist und die dazu führt, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. Sie drückt sich beispielsweise in Erfahrungen des Hungers oder im Fehlen einer Wohnung aus. Relative Armut meint die Deprivation an Ressourcen, die einen minimalen Lebensstandard gewährleisten. Die relative Armutsgrenze wird über ein (letztlich willkürliches und normatives) Verhältnis zum Median der Gesamteinkommen bestimmt. Der Lebenslagenansatz basiert auf einer mehrdimensionalen Betrachtung von Armut und bezieht sich auf die Unterversorgung in verschiedenen

Bereichen wie Bildung, Wohnung, Gesundheit oder Geschlecht sowie deren Wechselwirkungen (Engels 2006). Damit wird es möglich, diese Bereiche zur Beschreibung, Messung und Analyse von Armut zu verwenden und zu zeigen, wie Armut auf der Mikroebene von den Akteuren konkret erfahren und gedeutet wird. Diese Perspektive ist notwendig, um nicht aus einem vermeintlich objektiven Blick von oben herab vorzuschreiben, welche Art von Mangel als Armut zu gelten habe und welche nicht.

Darüber hinaus hat die Stigmaqualität von Armut eine besondere Bedeutung. Stets waren arme Menschen auch von gesellschaftlichen Abwertungen betroffen, die auf der Trennung zwischen *deserving* und *undeserving poor* gründen, also zwischen bedürftigen und „unwürdigen“ Armen (Zatz 2012). Während die *deserving poor* (z. B. alte oder kranke Menschen) unverschuldet in Armut geraten seien und daher unterstützt werden müssen, werden als *undeserving poor* diejenigen bezeichnet, die vermeintlich nicht arbeiten wollen und das System (u. U. kriminell) auszunutzen wissen. Dabei wird ihre als illegitim und unmoralisch erachtete Lebensführung betont (Katz 2013). Ihnen werden spezifische Verhaltensweisen unterstellt wie fehlender Anstand, der Hang zur Widersetzlichkeit und zur Verwahrlosung, zur sinnlosen Verschwendung oder zu zügelloser Sexualität.

Bereits Hegel unterschied dahingehend den „Pöbel“ von den übrigen Armen (Ruda 2011) und auch bei Marx findet sich diese Grenzziehung als Trennlinie zwischen dem „Lumpenproletariat“ und dem Proletariat wieder (Wimmer 2021). Lorke (2015) hat nachgewiesen, dass diese Trennlinie auch in aktuellen Armutsdebatten noch eine zentrale Rolle spielt, auch wenn sie in öffentlichen Stellungnahmen meist verworfen wird. Ein Beispiel hierfür ist die sog. „Unterschichtendebatte“, durch die (medial verstärkt) ein Bild von Armen und Erwerbslosen gezeichnet wurde, das von Arbeitsunwilligkeit, schlechter Bildung, Gewaltneigung und Verwahrlosung, oft in Zusammenhang mit schlechter Gesundheit oder Kinderreichtum geprägt war (Lindner, Musner 2008). Die Moralisierung von Armut im Rah-

men der „Unterschichtendebatte“ kann als eine „moderne Version der Idee des Lumpenproletariats“ (Cowling 2002: 233) verstanden werden. Im Anschluss an Foucault (2016) verstehe ich den Scheidungsprozess zwischen *deserving* und *undeserving poor* als Disziplinierungsmaßnahme und Machtmechanismus. Durch diese Trennlinie werden Vorstellungen sozialer Ordnung markiert, wobei es zu einer Unterscheidung zwischen „gut“ und „böse“ kommt, anhand derer soziale Hilfen gewährt oder verweigert, Freiheitsrechte verwehrt oder ermöglicht sowie Dualismen des Zugehörigen und Nicht-Zugehörigen festgeschrieben werden. Die *undeserving poor* werden abgewertet und aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Sie sind sowohl der repressiven Sozialdisziplinierung als auch der negativen Klassifikation (Neckel, Sütterlüty 2010) ausgesetzt. Die Trennlinie ist somit materielle Gewalt und Ideologie in einem.

Biografie, Habitus und methodisches Vorgehen

Im Folgenden möchte ich anhand von drei Fallbeispielen verdeutlichen, wie arme Menschen mit ihrer sozialen Position und den damit zusammenhängenden Zuschreibungen umgehen. Die biografischen Fälle stammen aus einer Reihe von 25 leitfadengestützten Lebenslaufinterviews, die ich von Dezember 2019 bis März 2020 in der gesamten Bundesrepublik mit marginalisierten Menschen im Rahmen meines Dissertationsprojekts an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt habe. Um die Anonymität der Personen zu wahren, handelt es sich bei den Namen um Pseudonyme. Die Interviews kamen mehrheitlich vor Notunterkünften, Essensausgaben oder Tagestreffs zustande. Mit den Gesprächspartner*innen habe ich gemeinsam geeignete Orte für die Interviews ausgewählt. Manche luden mich zu sich nach Hause ein, mit anderen traf ich mich in Cafés oder auch auf der Straße. Ich habe die Befragten dabei in ihrer konkreten Umwelt aufgesucht und ihre Deutungen rekonstruiert. Dies ermöglicht es, die Äußerungen konkreter Menschen nachzuvollziehen

und diese ernst zu nehmen. „Wer eine gesellschaftliche Situation verstehen will, muss die Erfahrungen der Menschen zum Sprechen bringen“ (Bude 2014: 9).

Objektiv sind die Gesprächspartner*innen marginalisiert, da sie alle entweder erwerbslos sind, über keinerlei Einkünfte verfügen oder von der Grundsicherung oder illegalisierter Arbeit leben. Darüber hinaus sind sie weiteren, ganz unterschiedlichen Problemlagen wie Krankheiten, Entlassungen oder auch Wohnungslosigkeit oder Betäubungsmittelkonsum ausgesetzt. Sie eint die gesellschaftliche Selbstpositionierung, „ganz unten“ zu sein. Dies ist insofern erstaunlich, als bisherige Forschung gezeigt hat, dass sich arme Menschen sozial meist selbst höher verorten und teilweise sogar zur gesellschaftlichen „Mitte“ zählen (Hirsland 2016; Weißmann 2016). „Armut“ stellt eine negative Fremdzuschreibung dar, vor der sich Betroffene mit der höheren sozialen Selbstpositionierung schützen wollen. Die Konfrontation mit der eigenen Position stellte in der Interviewsituation für die hier Befragten jedoch keine Irritation dar. Sie positionierten sich selbst eindeutig sozial als „ganz unten“. Dies verdeutlicht die Stärke ihrer Armuts- und Marginalisierungserfahrung, an der es (subjektiv) nichts zu beschönigen gibt.

Angelehnt an den Lebenslagenansatz, ist für die Frage nach dem Umgang mit Armut ein biografisches Vorgehen naheliegend. In der Biografieforschung wird meist zwischen Lebenslauf und Biografie unterschieden (Sackmann 2007). Während sich die Lebenslauforschung mit der Frage beschäftigt, wie Lebensverläufe durch spezifische Faktoren wie (soziale) Herkunft, Geschlecht oder besondere historische Ereignisse beeinflusst werden, fokussiert sich die Biografieforschung verstärkt auf die Sicht der Akteure und stellt die Frage, welche Bedeutung sie besonderen Ereignissen oder Faktoren für ihr weiteres Leben beimessen (Kelle, Kluge 2001: 13). In diesem Beitrag gehe ich auf die Perspektiven der Akteure selbst ein und beschäftige mich mit dem subjektiv erfahrenen Leben der Personen. Dies ermöglicht nicht nur eine Rekonstruktion von Erfahrungen und Deutungsmustern, sondern vermittelt auch Einblicke in die soziale Welt

der Gesprächspartner*innen (vgl. Land, Klärner 2016).

Hierfür schließe ich an die Arbeiten Pierre Bourdieus an und gehe davon aus, dass der *Habitus* weitgehend beeinflusst, wie Armut biografisch erlebt wird und wie die Akteure mit ihr umgehen. Unter „Habitus“ verstehe ich jene generativen Strukturen, die das Wahrnehmen, Denken und Handeln der Akteure (unbewusst und inkorporiert) beeinflussen. Der Habitus ist dabei Produkt objektiver Bedingungen: Unterschiedliche Klassenpositionen erzeugen unterschiedliche Habitusformen und formen das materielle und symbolische Universum der Akteure (Bourdieu 1987: 278). Je früher sie dies erlernen, je konsistenter dies geschieht und je häufiger es sich biografisch wiederholt, desto stärker prägen sich diese Erfahrungen zu einem gefestigten Habitus aus (Rehbein, Souza 2014: 84). Gleichzeitig ist der Habitus selbst produktiv und erzeugt wiederum soziale Positionen (Bourdieu 1993: 97ff.).

Bei Bourdieu wird der Habitus meist vorausgesetzt und man erfährt wenig über seine Entstehungsbedingungen. Um den Prozess der Habitusformierung besser beschreiben zu können, ist eine analytische Trennung des Habitus notwendig. Frühe biografische Einflüsse, die den Habitus ganz unmittelbar beeinflussen, sind von späteren, mittelbaren Formen zu trennen. Daher unterscheide ich wie Souza (2008: 158ff.) einen „primären“ von einem „sekundären“ Habitus. Der primäre Habitus beeinflusst die grundlegenden Vorstellungen von der Ordnung der Welt und umfasst die unbewusste Tiefenstruktur für die Handlungen und Einstellungen der Menschen. Darunter verstehe ich häufig unkenntliche und vermeintlich unbedeutende Handlungs- und Bewertungsschemata, welche die Sicht und Haltung der Menschen zur Welt bestimmen und als natürlich angenommen werden. Der sekundäre Habitus bezieht sich auf spätere Erfahrungen und Unterscheidungen anhand des Geschmacks. Er wird erworben in unterschiedlichen Bereichen wie Lohnarbeit, Beziehungen oder Kultur. Dispositionen leiten das Handeln in diesen Bereichen an, in denen verschiedene Vorstellungen von Sinn und Bedeutung vorherrschen. Diese Erfahrungen

werden von den Akteuren habituell integriert. Bourdieu selbst schreibt davon, wie der (Primär-)Habitus in diesen unterschiedlichen Praxisfeldern „transformiert“ (1979: 188) wird.

In diesem Artikel kann ich weder eine komplette Analyse der Klassenposition noch eine gesamte Habitusrekonstruktion der Interviewpartner*innen vornehmen. Vielmehr geht es mir darum, wie die einzelnen „Fälle“ mit ihrer Armut umgehen und durch welche subjektiven Strategien sie versuchen, sich selbst als *deserving poor* darzustellen. Dafür stütze ich mich auf einen *rekonstruktiven* Ansatz. Die Interviews wurden in Anlehnung an die dokumentarische Methode (Bohnsack u. a. 2007; Nohl 2017) ausgewertet. Dieses Verfahren der rekonstruktiven Sozialforschung zielt darauf, implizites Wissen vor dem Hintergrund der klassen- und milieuspezifischen Lage zu analysieren und die darin gründenden kollektiven Muster herauszuarbeiten. Damit gelingt es, die habituellen Dispositionen der einzelnen Interviewpartner*innen ins Verhältnis zu objektiven sozialen Strukturen zu setzen. Der wörtliche Sinngehalt des Gesagten dient als Ausgangspunkt. Ziel ist es aber, das zugrundeliegende Wissen (den impliziten Sinngehalt) aufzudecken, das als inkorporiertes Ordnungswissen meist relativ unabhängig vom Handeln oder vom subjektiv gemeinten Sinn existiert (vgl. Bohnsack u. a. 2007: 9). Dieses latente Wissen gründet auf impliziten Wissensbeständen, die das Handeln und Denken intentional beeinflussen, sodass sie für die Handlungspraxis von Akteuren bestimmend sein können. Es geht somit nicht nur um eine Analyse dessen, *was* gesagt wird (kommunikatives Wissen), sondern auch darum, *wie* es gesagt wird (konjunktives Wissen).

Die subjektive Deutung der eigenen Armut

Mithilfe des biografischen Zugangs und der rekonstruktiven Methode möchte ich die Äußerungen von armen Menschen in ihren Selbstdeutungen ernst nehmen und ihnen die Möglichkeit geben, selbst über ihre Erfahrungen zu sprechen. Die Fälle repräsentieren

dabei die drei wesentlichen Umgangsweisen mit Armut, die ich im Gesamtsample meiner Untersuchung gefunden habe.

Veronica Mittermeier: Aktive Auseinandersetzung

Veronica Mittermeier lebt in einer oberbayerischen Kleinstadt. Zum Zeitpunkt des Interviews ist die 50-Jährige erwerbslos und bezieht Grundsicherung. Sie selbst bezeichnet Mittermeier als „arm“ und verortet sich gesellschaftlich als „definitiv ganz unten“. Im Gespräch wird schnell deutlich, dass Mittermeier aktiv mit ihrer Armut umgeht und ihre eigene Handlungsfähigkeit in den Fokus rückt.

Mittermeier wird als Tochter eines Fabrikarbeiters und einer Verkäuferin in Oberbayern geboren und wächst als Einzelkind mit ihren Eltern in einer Kleinstadt auf. Ihre Mutter gibt nach der Geburt der Tochter ihren Beruf auf und ist fortan als Hausfrau tätig. Zwar erwähnt Mittermeier in ihrer biografischen Erzählung finanzielle Einschränkungen, die ihre Herkunftsfamilie geprägt haben; „arm“ war ihre Familie jedoch nicht, vielmehr kann man sie dem kleinbürgerlich-proletarischen Milieu zuordnen. Mittermeier beschreibt die sicheren Wohnverhältnisse der eigenen Mietwohnung und die Stabilität der Beziehungen im Familienkontext. Ihre Kindheit und Jugend fasst sie als grundsätzlich „unbeschwert“ zusammen. Sie fügt jedoch einschränkend hinzu, dass sich ihre Eltern „auch erziehungsmäßig gar ned so viel Gedanken drüber gmacht“ haben, ihr besondere Fähigkeiten oder Werte zu vermitteln. Als Kind verbringt sie viel Zeit im Garten der Großeltern und erwähnt ihr beginnendes Interesse für Tiere und Pflanzen.

Auch wenn ihr keine spezifischen Fähigkeiten vermittelt wurden und sie das Verhältnis zu ihren Eltern als eher kühl beschreibt, konnte Mittermeier einen stabilen Primärhabitus ausbilden. Davon spreche ich, wenn die Herkunftsfamilie ihre doppelte Funktion aus Schutz des Lebens und Normierung der Kinder erfüllen konnte (Horkheimer 1988). Zwar erwähnt Mittermeier Erfahrungen ökonomischer Einschränkungen, diese hindern sie jedoch nicht daran, relativ stabile Denk-

Anne Hartmann,
Reinhard Müller (Hg.):

Tribunale als Trauma

Rezensiert von Wladislaw Hedeler

Die vorliegende Dokumentation, so steht es in der am vierzigsten Tag des Krieges gegen die Ukraine geschriebenen Danksagung, ist selbst zum Dokument einer „Epoche der Möglichkeiten“ geworden, „die nun schon weit zurückzuliegen scheint und an die wohl auf längere Sicht nicht angeknüpft werden kann“ (451). Ein bitteres Fazit, nicht nur mit Blick auf die im Buch benannten offenen Fragen und Vorschläge für weiterführende Forschungen. Wohl dem, der die Zeit seines Archivaufenthaltes in der Russischen Föderation genutzt hat, um Kopien der deklassifizierten, danach jedoch z. T. wieder sekretierten Akten zu bestellen, und mit den oft in geringer Auflage (zwischen 300 und 1000 Exemplaren) publizierten Dokumenteneditionen im Gepäck nach Deutschland zurückgeflogen ist.

Das Abebben der „Archivrevolution“ ist von regelmäßig nach Russland reisenden Historikern zur Genüge beschrieben worden und muss hier nicht referiert werden. Anne Hartmann und Reinhard Müller skizzieren die Anfänge ihrer „Spurensuche“ in den hoffnungsfrohen Jahren der Perestroika, sie erwähnen die sich ständig ändernden Arbeitsbedingungen und die Auswirkungen auf den Arbeitsalltag in den Archiven, von Eugen Ruge im Prolog zum Roman „Metropol“ als kafkaeskes Erlebnis geschildert (Ruge 2019: 7-11).

Anne Hartmann, Slawistin und Germanistin, Mitarbeiterin an der Ruhr-Universität Bochum, und Reinhard Müller, zuletzt Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, beide exzellente Kenner des literarischen Exils in der Sowjetunion, haben die im Band vorgestellten und kommentierten Do-

kumente während ihrer über 30 Jahre währenden Recherchen in Moskauer Archiven zusammengetragen.

Am Anfang stand das von Müller 1989 im Zentralen Parteiarchiv (ZPA) in Moskau eingesehene und 1991 veröffentlichte Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. (Müller 1991). Im Auftrag der Deutschen Kommunistischen Partei nach Moskau gereist, hatte er im ZPA Kaderakten deutscher Kommunisten einsehen dürfen. Mit anderen Unterlagen zum deutschen Emigranten Karl Schmückle lag eines Tages das o. g. Stenogramm im Lesesaal des Archivs für ihn bereit.

Ein ähnlicher Zufallsfund im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GA RF) hatte Hartmann 2005 auf die Spur von Lion Feuchtwanger gebracht. „Tribunale als Trauma“ greift Themen auf, die sie in ihrer Studie über Feuchtwangers Bericht über seinen Moskauaufenthalt 1937 als eine der großen „Zerreißproben“ des Exils untersucht hat (Hartmann 2017: 76) und Müller in „Menschenfalle Moskau“ (Müller 2001). Die Rede ist von den Mechanismen der Illusionsbildung und Verdrängung, von Faszinoslosigkeit und Unverständnis, Befremdung und Entsetzen.

Dem Band sind ein „Vorwort der Herausgeber“ (9-13), eine von Hartmann verfasste Einleitung (14-28) sowie eine von Müller erstellte „(Kultur-)Politische Chronik 1933 bis 1941: Skandale der Gleichzeitigkeit“ (29-52) vorangestellt. Drei von Hartmann eingeleitete Teile, „Prozessbeginn – das Schlüsseljahr 1936“ (55-138), „Provokation und Verbandsauschlüsse“ (141-331) und „Heillos verstrickt – Appell an die ‚Instanzen‘“ (335-436), enthalten insgesamt 38 zwischen Mai 1936 und Februar 1941 entstandene Dokumente.

Aus den veröffentlichten Dokumenten – von internen Berichten und Verlagsgutachten bis hin zu Artikeln in der Tagespresse – wird deutlich, als was sich die „Kulturkader“ verstanden und wie sie fungierten. Auf dieser Folie könnten und sollten die hinsichtlich ihres Aussagewerts immer wieder kontrovers diskutierten Kaderakten (stellvertretend seien die von Hugo Huppert, Alfred Kurella und Gustav von Wangenheim genannt) gegengelesen werden. Für die Herausgeber „waren sie Wissende,

(weitgehend) Eingeweihte, die mit ihren künstlerischen Fähigkeiten, aber auch den kulturpolitischen Aktivitäten in die Mechanik der Macht eingespant waren“ (21).

Wie die Schriftsteller-Solisten in den Jahren des gewöhnlichen Stalinismus sowohl während der internen Proben hinter verschlossenen Türen als auch bei öffentlichen Auftritten agierten, kann hier nachgelesen werden. Der Informationsfluss von unten nach oben ist in seinen vielfältigen Facetten gut dokumentiert. In diesen Kontext gehört auch ein während des Prozesses gegen Nikolai Bucharin von Kurella am 8. März 1938 verfasstes Schreiben, in dem er den Organen seine Mithilfe bei der Aufdeckung der Hintergründe für die „offensichtliche Ermordung“ von Henri Barbusse anbietet und auf sein „Insiderwissen“ verweist. Nikolai Jeschow, Volkskommissar des Inneren, leitete den Brief umgehend an Stalin und Wjatscheslaw Molotow weiter (Kurella 1938: 831-832).

Es ist ebenso ernüchternd wie bedrückend zu erfahren, was die zu Wort kommenden Exilanten von Johannes R. Becher bis Hedda Zinner übereinander dachten und zu Papier brachten. Was hingegen, der Archivlage geschuldet, unterbelichtet bleibt, ist die Rolle des Dirigenten des Ganzen. Man darf auf den von Hartmann angekündigten Band, der eine breitere Darstellung des Kultorexils zum Inhalt hat (25, Anm. 34), gespannt sein.

Wie ging Stalin mit den „Ingenieuren der Seele“ um? In Russland sind nur einige wenige Publikationen und Dokumenteneditionen zum Thema „Kunst und Macht“ erschienen. Wie wurde die Linie vom Verband in den einzelnen Sektionen, darunter der deutschen, der das Buch gewidmet ist, durchgesetzt? Alexander Schtscherbakow, der den Schriftstellerverband von 1932 bis 1936 leitete, war gleichzeitig Abteilungsleiter im ZK; einmal jährlich trat er bei Stalin zum Rapport an. Wie es während der im Hause von Maxim Gorki stattgefundenen Treffen Stalins mit Schriftstellern zugeht, ist dokumentiert. Alexander Tolstoi, Wladimir Stawskis rechte Hand, leitete den Verband von 1936 bis 1938 und war nie zur Berichterstattung bei Stalin im Kreml, die Sekretäre des Sowjetischen Schriftstellerverbandes Wladimir

Stawski einmal (im Oktober 1937) und Alexander Fadejew – er leitete den Verband von 1938 bis 1944 – dreimal (im Januar 1939). (Na prieme 2010: 708, 720)

Es bleibt die Frage nach der „richtungsweisenden Anleitung“ des Verbandes durch die zuständige Abteilung für Kultur im ZK der KPdSU(B) bzw. der ausländischen Sektionen des Verbandes durch die Sekretariate der Komintern. Wenn diese Bestände aus den Moskauer Behördenarchiven bzw. den Staatlichen Archiven für die Forschung freigegeben sind, lassen sich diese und andere Fragen hoffentlich beantworten.

Literatur

- Hartmann, Anne (2017): „Ich kam, ich sah, ich werde schreiben.“ Lion Feuchtwanger in Moskau 1937. Eine Dokumentation. Göttingen: Wallstein Verlag (akte exil. neue folge, Bd. 1).
- Kurella, Alfred (1938): K voprosu o smerti Anri Barbjusa. [Zur Frage nach dem Tod von Henri Barbusse.] In: Process Bucharina 1938. Dokumenty. Moskva: MFD. Sostaviteli: Ž. V. Artamonova, N. V. Petrov, S. 831-832.
- Müller, Reinhard (1991) (Hg.): Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf u. a. Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinbek: Rowohlt.
- Müller, Reinhard (2001): Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg: Hamburger Edition.
- Na prieme u Stalina (2010): Tetradi (zurnaly) zapisej lic, prinjatych I. V. Stalinym (1924–1953 gg.). Moskva: Novyj chronograf.
- Ruge, Eugen (2019): Metropol. Roman. Hamburg: Rowohlt.

Anne Hartmann, Reinhard Müller (Hg.): Tribunale als Trauma. Die Deutsche Sektion des Sowjetischen Schriftstellerverbands. Protokolle, Resolutionen, Briefe (1935–1941) (akte exil. neue folge, Bd. 3). Göttingen: Wallstein Verlag 2022, 469 Seiten.

Sonia Combe:

Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus

Rezensiert von Ulrich Busch

Die französische Forscherin Sonia Combe, renommierte Autorin zur Geschichte des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa, insbesondere der DDR, hat mit vorliegendem Buch eine Arbeit veröffentlicht, die vor allem in Ostdeutschland auf großes Interesse stoßen wird. Es ist die Geschichte der Gründergeneration der DDR, genauer gesagt, eines Teils derselben, nämlich der *Remigranten*, die nach 1945 aus dem Exil zurückgekehrt sind und sich ganz bewusst für ein Leben in der DDR entschieden haben. Ihr Ziel war es, im Osten Deutschlands einen antifaschistischen Staat aufzubauen und eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Nicht wenige von ihnen waren jüdischer Herkunft, viele Kommunisten. Alle aber waren Antifaschisten.

Die Autorin hat mit einer Reihe prominenter Vertreter dieses Kreises seit den 1980er Jahren intensive Gespräche geführt und ihre Bücher, Briefe, Aufzeichnungen und Erinnerungen gelesen. Dabei konnte sie feststellen, dass ihre Gesprächspartner trotz „erlebter Entzauberung“, mancher Enttäuschung und fortgesetzter Desillusionierung im realen Sozialismus mehrheitlich ihre weltanschaulichen und politischen Überzeugungen bewahrt haben. Und zwar bis zuletzt. Als Antifaschisten, Verfolgte des NS-Regimes und Kommunisten, gegenüber dem SED-Regime aber überwiegend kritisch eingestellte Intellektuelle, bildeten sie in der DDR eine Art „Schicksalsgemeinschaft“ (229). Indem Sonia Combe hier nun, mit einigem zeitlichen Abstand, ihre Geschichte erzählt, unternimmt sie den mutigen Versuch, „eine Erinnerung zu beleben, die in der postkommunistischen Geschichts-

schreibung wenig präsent ist“ (12). Was dabei herausgekommen ist, ist aber keine kontrafaktische Geschichtsphantasie, wie man sie oftmals bei Zeitzeugen findet, sondern eine nützliche Ergänzung der offiziellen Dokumentation, gespeist aus individuellen Lebensläufen, kommentierten Erinnerungen und persönlichen Eindrücken. Vor allem geht es dabei, so ist im Vorwort zu lesen, „um die Geschichte derer, die geschwiegen haben, aber nicht etwa aus Angst oder Feigheit, sondern weil sie ihrem Ideal treu geblieben sind“ (12). Von dieser „Loyalität um jeden Preis“ wird in diesem Buch berichtet.

Der Preis der Loyalität war vor allem ein „großes Schweigen“. Worüber aber wurde in der DDR so beharrlich geschwiegen? Und was wurde dabei verschwiegen? Die Erniedrigungen und Demütigungen im „gewöhnlichen Faschismus“ waren es nicht. Auch nicht die schlimmen Erfahrungen von Flucht, Deportation, Lagerhaft und Krieg. Jeder, der in der DDR aufgewachsen ist, kennt Berichte hierüber, Bücher, Bilder, Filme, Dokumentationen und Erzählungen. Oftmals sogar aus erster Hand, von ehemaligen Spanienkämpfern, KZ-Häftlingen, Lagerinsassen oder Emigranten verfasst. Was er aber nicht kennt, das sind Berichte von Kommunisten, die nach 1933 in die UdSSR emigriert sind, die Schicksale der in den Lagern des GULAG Verschwundenen, die Geschichten von Menschen jüdischer Herkunft, die auch nach 1945 antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt waren, die Biografien von Sozialdemokraten, die 1946 Mitglieder der SED wurden, dann aber politisch „kaltgestellt“ worden sind, und Biografien von Westemigranten, die nach dem Krieg in die DDR gekommen sind, hier einige Privilegien genossen, zeitlebens aber unter Generalverdacht standen – und trotzdem an der DDR und deren Gesellschaftsentwurf festhielten. Diese Lücke im Kenntnisstand und bei der historischen Aufarbeitung versucht das Buch von Combe zu schließen, zumindest aber ein wenig zu verkleinern.

Die Personen, um die es in dem Buch geht, sind zumindest älteren Lesern gut bekannt. Sie waren Künstler wie Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Volker Braun, Ernst Busch,

Hanns Eisler, Franz Fühmann, Louis FURNBERG, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Hermann Kant, Heiner Müller, Anna Seghers, Bodo Uhse, Helene Weigel, Wolf Biermann, Christa Wolf, Konrad Wolf und Arnold Zweig, Wissenschaftler wie Fritz Behrens, Rudolf Bahro, Ernst Bloch, Herbert Crüger, Wassili Grossman, Robert Havemann, Wolfgang Heise, Victor Klemperer, Jürgen Kuczynski, Georg Lukács, Hans Mayer, Werner Mittenzwei, László Radványi, Wolfgang Ruge, Wolfgang Steinitz und Kurt Stern. Oder Politiker wie Hermann Axen, Horst Brasch, Klaus Gysi, Kurt Hager und Markus Wolf. Auch Publizisten, Verleger usw. wie Edith Anderson, Gerhart Eisler, Walter Janka, Max Schroeder und andere. Nicht wenige von ihnen besaßen so etwas wie eine doppelte Existenz: Sie waren als Politiker, Funktionäre usw. Repräsentanten des Staates und der Partei und damit „öffentliche Personen“, als Künstler oder Wissenschaftler aber hatten sie eine kritische Distanz zu diesem Staat und zur Politik der SED, deren Mitglieder sie häufig waren. Im Falle von Becher nahm der daraus resultierende Konflikt zunehmend tragische Züge an. Aber auch andere waren keineswegs davon frei. Ausführlich erzählt wird im Buch beispielsweise über das beredte Schweigen von Anna Seghers und ihre „Kunst des Ausweichens“ (123f.) und über die taktischen politischen Manöver von Bertolt Brecht (106ff.).

Bemerkenswert sind einige Zuspitzungen und verallgemeinernde Wertungen. So zum Beispiel, wenn die Autorin über die „intellektuellenfeindliche Atmosphäre“ in der DDR in den 1950er Jahren berichtet und dafür als Kronzeugen sogar Kurt Hager heranzieht (125f.). Oder wenn sie sich darüber beklagt, dass die ihres Erachtens nach immer vorhanden gewesene politische Opposition innerhalb der SED bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte „völlig unterbewertet“ (142) bleibt. Sie verdeutlicht dies anhand der Veröffentlichung des „Spiegel-Manifests“ von 1977/78 (142), dessen Verfasser (Hermann van Berg) SED-Mitglied und aktiver Hochschullehrer an der Berliner Humboldt-Universität war. Interessant sind in diesem Kontext auch die Ausführungen zur Rezeption von Georg Lukács in der DDR (117f.). Nicht korrekt ist jedoch

die Aussage, dass die Werke von Lukács nach 1956 in der DDR erst wieder in den 1980er Jahren verlegt worden seien (118). Es gab auch in den 1970er Jahren Veröffentlichungen seiner Arbeiten, so zum Beispiel 1977 im Reclam-Verlag.

Ein eigenes Kapitel ist dem Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski gewidmet (177-196). Auch der Untertitel des Buches wurde dem zweiten Band der Autobiografie Kuczynskis von 1992 entlehnt. J. K., wie er sich selbst gern nannte, war ein international geschätzter Historiker, aber auch ein äußerst vielseitiger Autor, Redner und Publizist. Das hatte jedoch seinen Preis. Bekannt ist seine Rolle als „Ghostdenker“ (189) für Partei- und Staatschef Erich Honecker, dem er seine Analysen vorlegte und manchmal auch unterschob, um sie danach als Beleg für die Richtigkeit und politische Korrektheit seiner eigenen Auffassung zu zitieren. In der *scientific community* fand ein solches Vorgehen wenig Anerkennung, aber Kuczynski war eben auch der einzige Wissenschaftler von Rang in der DDR, der sich öffentlich rühmen konnte, Honecker „zum Freund“ zu haben. Gleichwohl galt er als „der kritischste Gegner innerhalb der Partei“ (191). Dass seine kritischen Stellungnahmen ihm nie ernstlich geschadet haben, ist vermutlich auf „seine wissenschaftliche Reputation“ zurückzuführen, vielleicht aber auch auf sein „robustes Herz“ (195), mutmaßt Combe. Sonst wäre ihm vermutlich ein Schicksal wie Wolfgang Heise, der mit 61 Jahren einen tödlichen Herzinfarkt erlitten hat, beschieden gewesen. Oder wie Fritz Behrens und Wolfgang Steinitz, die ihre Maßregelung überlebt haben, aber „von der Partei gebrochen worden“ sind (195).

Der 2019 von Sonia Combe in Frankreich veröffentlichte Text wurde von der Romanistin und Kulturwissenschaftlerin Dorothee Röseberg sachkundig und einfühlsam ins Deutsche übersetzt. Dabei ging es ihr auch darum, den deutschen Lesern ein hierzulande bislang wenig erschlossenes und kaum bekanntes Kapitel der „DDR-Intellektuellengeschichte“ über einen „Blick von außen“ nahe zu bringen. Im Nachwort betont die Übersetzerin deshalb, dass Sonja Combe mit ihrem Buch „einen Einspruch formuliert“ hat, der sich „gegen das

Vergessen jener Gründergeneration und deren Erben richtet“ (227), die, nach den Vorstellungen bundesdeutscher Geschichtsschreibung, längst „auf der Müllhalde“ der Geschichte gelandet seien. Das Buch widerspricht einer solchen Darstellung und trägt dazu bei, hier zu einer Korrektur und einer weniger einseitigen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zu kommen. Im Anhang finden sich zahlreiche Anmerkungen, die für das Verständnis der Ausführungen von Bedeutung sind. Auch das angefügte Personenregister erweist sich als hilfreich bei der Erschließung des historischen Fundus, den dieses Buch den Lesern bietet.

Sonia Combe: *Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus.* Berlin: Ch. Links Verlag 2022, 268 Seiten.

Dieter Klein:

Regulation in einer solidarischen Gesellschaft

Rezensiert von Dieter Segert

Manchmal liest man Bücher von ihrem Ende her. Anna Seghers beginnt das „Siebte Kreuz“, um solche Art Neugierde zu befriedigen, mit dem guten Ausgang der Geschichte. Das Ende jedenfalls zählt. Dieter Klein beendet sein neuestes Buch mit einem Abschnitt über die nötige Befreiung der Menschen aus ihrer Unmündigkeit durch die Überwindung der „von den Herrschenden gesetzten Denkschranken“ (245). Er zitiert Bourdieu: „Politische Subversion setzt kognitive Subversion voraus, Subversion der Weltsicht“ (247). Linke Politik steht vor der Aufgabe, eine Mehrheit zu mobilisieren, nicht mehr und nicht weniger. Das geht nicht ohne souveränes Denken der Vielen.

Dieses Buch Dieter Kleins (geb. 1931) baut auf einem produktiven, langen intellektuellen Leben auf. Zitate von Marx, Bloch und Rosa Luxemburg, Becher, Hesse und Brecht, Ota Šik und Wolfgang Streeck sind Ausgangspunkt oder Illustration wichtiger eigener Thesen. Zentrale Aussagen werden als Merksätze formuliert, am Rand angestrichen und in angemessener Weise wiederholt. Die Widersprüche und Konflikte der Geschichte linker Politik werden deutlich herausgearbeitet. Im ersten Kapitel werden linke Niederlagen und epochale Irrtümer zur Grundlage kritischen Nachdenkens gemacht, „negative historische Erfahrungen“ linker Politik werden resümiert. Von westeuropäischen Sozialprojekten über die russische Revolution von 1917 hin zur aktuellen lateinamerikanischen Suche nach einer gerechten Gesellschaft: überall ein Scheitern, und das nicht nur an äußeren Feinden. Aber umsonst waren diese Kämpfe nicht. Sie bieten die Möglichkeit zu lernen. Klein unter-

streicht seine eigene Herangehensweise: „Hier wird die Ansicht vertreten, dass eine sozial-ökologische Regulationsweise möglich ist“ (17).

Untermuert wird diese Position durch den Verweis auf drängende globale Probleme, wie die Klimakrise, sowie auf historische Erfahrungen von gelungenem gesteuerten gesellschaftlichen Wandel: auf den New Deal und die US-Kriegswirtschaft unter Präsident Roosevelt sowie die chinesische Erfolgsgeschichte seit den Reformen Deng Xiaopings am Ende der 1970er Jahre. Damit ist ein wichtiges Merkmal der Kleinschen Argumentationsweise benannt, die ausführliche Nutzung historischer und aktueller Erfahrungen als ein Mittel zur Überprüfung der Realisierbarkeit der eigenen Vorschläge.

Das zweite Kapitel referiert in sehr gut lesbarer Weise den gegenwärtigen linken Regulationsdiskurs in 15 Abschnitten – von Erik Olin Wright über Elinor Ostrom bis Rainer Land und Hans Thie. Die wichtigste eigene These wird, gestützt vor allem auf Aussagen des marxistischen Soziologen Wright, gleich zu Beginn als Merksatz formuliert: „Im Zentrum eines linken Regulationsdiskurses steht [...], welche Bedeutung der gesellschaftlichen Planung, dem Marktmechanismus und dem Handeln zivilgesellschaftlicher demokratischer Akteure in einer zukünftigen progressiven Regulationsweise zukommen sollte.“ (53). Angesichts der Zukunftsblockade durch die kapitalistische Fixierung auf den möglichen maximalen Gegenwartswert profit erhält die öffentliche Planung eine zentrale Bedeutung für die zukünftige solidarische Regulation.

Im folgenden Kapitel wird das Zusammenspiel dieser drei Elemente ausführlich, auf 80 Seiten, beschrieben. Erst aus dem Wechselspiel jener Kräfte entstehe das Gemeinwohl. Zentral dabei ist ein durch Politik und Gesellschaft regulierter Markt. In die Analyse der möglichen Funktion des Marktmechanismus innerhalb einer solidarischen Regulation bringt der Autor sein umfangreiches Wissen über Plan und Markt in dem gescheiterten Sozialismusversuch ein. Ein Lernprozess ist nötig, der die eigenen Erfahrungen nicht vergisst, sowohl nicht die negativen der administrativen Detailplanung als auch die aus den Experimenten mit Markt-

mechanismen etwa im jugoslawischen Sozialismus oder in der Tschechoslowakei nach 1965 (116ff.). Dabei gesellt sich bei Klein zu den drei Elementen einer progressiven Regulationsweise, wenn man denn zählen will, noch ein viertes, zu begreifen auch als deren allgemeine Voraussetzung: eine Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft. Auch das ist ein Ergebnis eines produktiven Umgangs mit dem eigenen Erbe, welcher aus der Ablehnung einer umfassenden Verstaatlichung im Staatssozialismus keine Ignoranz gegenüber der zentralen Stellung der Eigentumsfrage ableitet.

Klein spricht von einem „Bruch in den Eigentumsverhältnissen. [...] Jene Wirtschaftsressourcen, deren Beherrschung über den Grundzustand und die Zukunft der Gesellschaft und der Naturverhältnisse entscheiden, dürfen nicht in den Händen enger Kreise der privatkapitalistischen Machteliten bleiben“ (153, 154). Entstehen sollen auf diese Weise „hybride Eigentumsverhältnisse mit einem starken Gewicht von Gemeineigentum“ (156). Dabei allerdings ginge es nicht um formelles *Staats*eigentum, sondern um verschiedene Formen von Gemeineigentum. Er stützt sich, wie auch Michael Brie, umfänglich auf Ostroms Verständnis von „Commons“.

Das größte Rätsel linker Politik ist, warum sich trotz verbreiteter Zustimmung zur Richtung der nötigen Veränderungen so wenig tut. Warum handeln so verdammt wenige entsprechend ihrer Einsichten? Wie kann man, um Marx zu paraphrasieren, „die Verhältnisse zum Tanzen bringen“? Diesem Rätsel widmet sich Klein im letzten Kapitel, das wie folgt überschrieben ist: „Wie kann der Übergang zu progressiver Transformation und Regulationsweise in Gang kommen?“ Die Antwort wird ausführlich und differenziert gegeben, verkürzt kann sie wie folgt zusammengefasst werden: durch Druck von unten und unter Nutzung von Bewegungsräumen, die in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen einer sich ausdifferenzierenden herrschenden Klasse entstehen. Im Abschnitt über eine doppelte Transformation wird erläutert, dass sich die beiden bisherigen Konzepte von Veränderungen im und gegen den Kapitalismus im Interesse der Bevölkerungsmehrheit, Re-

volution und Reform, jede für sich als problematisch erwiesen haben (224). Stattdessen gehe es darum, in einem innersystemischen progressiven Wandlungsprozess „Einstiegsprojekte in eine systemüberschreitende“ Transformation zu verwirklichen. Und in diesem Prozess würden notwendigerweise Eigentumsfragen aufgeworfen, es müssten also „heilige Kühe“ geschlachtet werden (225). An Protestaktionen zur Wohnungsfrage und im Gesundheitswesen wurde schon früher (Kap. 3.4.) dargestellt, wie so etwas aussehen könnte.

Das Buch bringt noch viele Anregungen zum Weiterdenken für den interessierten Leser. Dem Rezensenten selbst brachte es die Möglichkeit, über Fragen, die ihn schon längere Zeit beschäftigen, auf neuer Grundlage nachzudenken, etwa über den Platz einer Demokratisierung der Demokratie in einer sozialen und ökologischen Transformation und Wege zu einer deutlichen Verbreiterung der sozialen Basis linker Politik. Offen bleibt die Frage – weil kein Buch eine Antwort darauf geben kann – ob die für eine ökologische und soziale Transformation nötige radikale Veränderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise noch rechtzeitig verwirklicht werden kann, um einen drohenden Kollaps der menschlichen Zivilisation abzuwenden. Dieter Kleins Antwort darauf jedenfalls steckt im Zitat Hermann Hesses über den Moralphilosophen Kung Fu Tse: „ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht und es trotzdem tut?“ So hat der Autor jenes Buches es immer gehalten.

Dieter Klein: Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökonomische Transformation gelingen könnte. Hamburg: VSA 2022, 265 Seiten.

Udo Tietz:

Wahrheit und Freiheit.

Ein Versuch über Political Correctness, normativen Zwang und Meinungsfreiheit

Rezensiert von
Christoph Sebastian Widdau

Ein oft zitierter Satz von Ludwig Wittgenstein lautet, dass man über das, wovon man nicht sprechen *kann*, schweigen muss. Heute vermuten einige Kulturdiagnostiker angesichts der so bezeichneten Political Correctness und Cancel Culture, dass man über das, wovon man gemäß bestimmten moralischen Anforderungen und wirkungsmächtigen „Richtigkeitsvorstellungen“ nicht sprechen *darf*, in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland schweigen muss. Schweige man nicht, müsse man nicht nur – wie es sich für einen gepflegten Diskurs gehört – mit Widerspruch rechnen, sondern man werde mit dem Versuch konfrontiert, aus dieser Öffentlichkeit verdrängt zu werden, sodass man in ihr verstumme. Bestimmte Redeverbote und Sanktionen angesichts verbotener Rede gibt es, auch eingedenk des Artikels 5 des Grundgesetzes, mit dem das Recht auf freie Meinungsäußerung grundsätzlich festgeschrieben ist, seit Längerem. Aber der Umfang des öffentlich und sanktionslos Sagbaren werde in Deutschland kleiner, und zwar nicht, weil sich an der Gesetzeslage etwas verändert hat, sondern weil es, so eine These von Tietz, *strukturell* in der politischen Kultur zur Durchsetzung von Korrektheitsbedingungen komme, die „unseren sozialen Alltag bereits in einer Weise, die bedenklich erscheinen muß“ (18), prägen. Über bestimmte Themen und Probleme könne man nicht mehr öffentlich und strittig sprechen, ohne dafür beispielsweise einen „Shitstorm“ ertragen zu müssen. Bestimmte *moralisch fundierte* Sprachregelungen müssten eingehalten werden; ansonsten werde man – zumindest aus einigen Bereichen des öffentlichen Lebens – ausgesondert. Selbst

dann, wenn gesellschaftlich relevante Probleme auf der Hand liegen würden – etwa, so Tietz, das Problem der sogenannten Clankriminalität in Teilen Berlins (35f.) –, dürfe man dies nicht offensiv zur öffentlich vernehmbaren Sprache bringen, weil man beispielsweise eilfertig als Rassist abgestempelt wird. Ob das Urteil wahr ist, dass es diese Art Kriminalität gibt, spiele in der Öffentlichkeit nicht die Hauptrolle, sondern die Frage, wem die Wahrheit oder Unwahrheit des Urteils nützt und welcher moralischen Voreinstellung Wahrheit und Unwahrheit entsprechen. Es gebe in der Bundesrepublik keine Partei – wie in der Deutschen Demokratischen Republik –, die über das Richtige und Falsche urteilt und *von oben nach unten* diktiert und souffliert, was sagbar ist und was nicht, sondern es gebe „eine Öffentlichkeit, die selbst diktatorische Züge tragen kann – und zwar dann, wenn der Wahrheitsbezug der Rede keine Rolle mehr spielt und wenn Wahrheitsfragen als Richtigkeitsfragen traktiert werden“ (75). Tietz vermisst – um es überspitzt zu formulieren – radikale Liberalität im öffentlichen Diskurs, gezügelt durch die Einsicht in die Gefahr der Tyrannei der Mehrheit, und die Anerkennung der Annahme, dass eine liberale Gesellschaft nicht von einer „substantielle[n] Form der Sittlichkeit“ (23), sondern nur von einer formalen (konstituierenden) Sittlichkeit, die den öffentlichen Streit bloß und immerhin gewährleistet, geprägt sein kann (wenn sie sich nicht selbst als liberale Gesellschaft aufzuheben trachtet). Zentral ist für Tietz dies: „Mir geht es [...] um die Frage nach strukturell *totalitären Bedingungen* innerhalb liberaler und demokratischer Staaten, die das *Negationspotential* in Diskursen sistieren und die erklären, warum es in einem bestimmten Sinn von ‚Geboten‘ geboten erscheinen kann, sich bezüglich bestimmter Fragen und Probleme nicht so zu äußern, wie man denkt“ (28). Das Buch von Tietz kann als ein „Versuch“ – so der Untertitel – verstanden werden, die politisch-kulturellen und öffentlichkeitsprägenden Folgen von Political Correctness und Cancel Culture genauer in den Blick zu nehmen.

Meines Erachtens sind nach der Lektüre des Buches sechs Kritikpunkte zu nennen.

Erstens: Tietz definiert einige zu definierende Begriffe nicht. Für Leserinnen und Leser wäre es hilfreich, Definitionen von z. B. „Political Correctness“, „Cancel Culture“, „totalitär“, „diktatorisch“ und „Öffentlichkeit“ vorgelegt zu bekommen. Dies zu kritisieren, ist nicht spitzfindig und trotz der essayistischen Ausrichtung des Textes notwendig. Diese Kritik ist sachlich begründet, denn nicht immer ist man sich als Leser darüber im Klaren, worüber Tietz *genau* spricht. *Zweitens:* Bisweilen mangelt es an der Darlegung von (mehreren) Beispielen, um ein zu bestimmendes Phänomen und seine Bedingungen sowie Auswirkungen genau erfassen zu können, etwa jenes der sogenannten Cancel Culture. Zwar werden relevante Beispiele – die aber nicht selten vor allem bestimmte Teilöffentlichkeiten, wie diejenige der Hochschulen, betreffen – eingestreut, um aber skeptische Leserinnen und Leser davon zu überzeugen, dass sie es strukturell mit einem derart umfassenden politisch-kulturellen Problem zu tun haben, wie Tietz annimmt, müssten mehr und umfassender analysierte Beispiele dargelegt werden. *Drittens:* Tietz behauptet, dass es in der Bundesrepublik seit einigen Jahren (immer mehr) Thematisierungsschwellen gebe und Tabuthemen, über die öffentlich nicht gesprochen werden dürfe. Dies belegt er, wenn überhaupt, anekdotisch. Empirisch spricht womöglich etwas dafür, den Gegensatz anzunehmen: In den vergangenen Jahrzehnten sind in der Bundesrepublik Schwellen aufgehoben worden und man redet über alles und nichts, ausführlich, auf der Straße und in teils öffentlich zugänglichen Foren und Blogs im Internet. Was spricht gegen die Gegenthese, dass öffentlich über immer mehr und immer tabuloser und zugleich verbissener, humorloser, selbstgerechter, feindlicher und einander abwertend debattiert (und nicht mehr diskutiert) wird? Ob die These oder die Gegenthese korrekt ist, kann nur mittels empirischer Sozialforschung herausgefunden werden. *Viertens:* Tietz behauptet sehr früh im Buch (12), dass es moralische Tatsachen nicht gibt. Dies ist eine in der Moralphilosophie umstrittene metaethische These. Womöglich ist sie für das Verständnis der Diskussion, um die es geht, wichtig. Deswegen hätte es gewinnbrin-

gend sein können, sich ausführlich mit ihr zu befassen. Vertreterinnen und Vertreter der Political Correctness und der Cancel Culture müssten vielleicht die These vertreten, dass es moralische Tatsachen gibt, und es müsste gelten, dass ebenjene Gehalte, die sie als solche Tatsachen ansehen, solche Tatsachen sind, um ihre Urteile in der Schärfe formulieren zu dürfen, in der sie bisweilen formuliert werden. Allerdings wird die relevante These von Tietz, dass es solche Tatsachen nicht gibt, genannt, aber – so mein Leseindruck – nicht philosophisch fundiert. *Fünftens*: Nicht nachvollziehbar ist, warum Tietz jenes mit Literaturverweisen belegt und dieses nicht. Wenn er etwa – um ein beliebiges Beispiel für einen fragwürdigen Mangel zu nennen – auf Seite 62 behauptet, dass eine bestimmte Einsicht eine „gemeinsam geteilte Einsicht der hermeneutischen Anthropologie, der strukturalen Archäologie und der modernen Sozialwissenschaften“ ist, dann ist ein Beleg zu erwarten, der diese umfassende Einschätzung bestätigt. Es ist geboten, ihn zu setzen. *Sechstens*: Ärgerlich sind Lapsus des Lektorats oder Korrektors. Um nur ein Beispiel zu nennen: Auf den ersten Seiten ist (nicht nur einmal) von dem früheren Handballspieler Kretschmar (14, 15) die Rede, auf folgenden dann (nicht nur einmal) von Kretschmar (67, 68). Manches hinterlässt den Eindruck, als sei es mit der sprichwörtlichen heißen Nadel gestrickt worden.

Nichtsdestoweniger ist im Anschluss an die Nennung dieser Kritikpunkte festzuhalten, dass Tietz einen Versuch unternommen hat, mit dem etwas gelingt, was nicht mit jedem Versuch solcher Art gelingt: Er trägt – mit philosophischen Einsprengseln zur Gesellschafts- und Kulturanalyse und teils überraschenden sowie anregenden Autorenverknüpfungen (Orwell, Heidegger, Mill, Tocqueville, Rorty, Foucault, Hegel und Kant) – dazu bei, Bedenkenswertes gegen die Political Correctness an die Hand zu geben. Wenn er sie etwa „als eine Art trojanisches Pferd, das den diskursiven Kern einer kantisch verstandenen liberalen Demokratie zu brechen in der Lage ist“ (23), bezeichnet, dann verweist er anregend auf (aus einer liberalen Perspektive) bedenkliche Konsequenzen, die sich aus ihrer Durch-

setzung ergeben könnten. Anders gewendet: Tietz sucht zu zeigen, was für liberale politische Kulturen auf dem Spiel steht, wenn sie sich der Political Correctness und Cancel Culture verschreiben. Um dies verständlich zu machen, bezieht er sich wieder und wieder darauf, dass es in der Deutschen Demokratischen Republik, in der er gelebt hat, Tabus, Redeverbote und Sprachnormierungen gegeben habe, die alles Mögliche bedingt hätten, aber nicht die Bildung freier Bürgerinnen und Bürger. Eingedenk dieses Beispiels sollte man auf der Hut sein, wenn einem an der Bewahrung freier Öffentlichkeit gelegen ist – so könnte man Tietz' Ausführungen, zuspitzend, verstehen. Auf dieses Beispiel zu verweisen, ist nicht schlagend, aber es ist ein Verdienst des Autors, in dieser Debatte dieses Beispiel vergleichend einzubringen. Der liberal konstituierte Staat und seine Bürgerinnen und Bürger müssten darauf achten, dass seine politischen Institutionen und einflussreiche Gruppen nicht eine „substantielle Form der Sittlichkeit“ durchzusetzen versuchen. Denn sonst stehe es schlecht um seine angeblich freie und offene Gesellschaft, die, so Tietz, keine abweichenden Meinungen kenne, weil sie dann nämlich keine freie und offene mehr sei, sondern eine von Meinungsopportunisten und Konformitätszwang gezeichnete, eine unfreie und geschlossene Gesellschaft. Tietz warnt. Und er warnt, so mein Leseindruck, nicht eines Ressentiments wegen. Ob seine bundesrepublikanische Gesellschafts- und Kulturdiagnose umfassend zutrifft – was bezweifelt werden kann –, steht auf einem anderen Blatt.

Udo Tietz: Wahrheit und Freiheit. Ein Versuch über Political Correctness, normativen Zwang und Meinungsfreiheit. Wien: Passagen Verlag 2022, 88 Seiten.

Systematisches Inhaltsverzeichnis

33. Jahrgang 2022

EINSAMKEIT. GESCHICHTE SOZIALER NICHTBEZIEHUNGEN

- Döbler, Marie-Kristin: Relationale Einsamkeit(en). H. 1/2022, S. 6-18.
- Zierold, Alexandra: Individualisierung und Einsamkeit in Gesellschaftstheorien. H. 1/2022, S. 19-29.
- Schwarz, Angelika: Gesellschaft im Spiegel der Einsamkeit. H. 1/2022, S. 30-39.
- Wittler, Kathrin: Einsamkeit und Freiheit im Elfenbeinturm? Humboldt, Schelsky und die solitäre Praxis der Geisteswissenschaften. H. 1/2022, S. 40-52.
- Schobin, Janosch: Emanzipation und Isolationsbedrohung. Zur Genese der Einsamkeitsangst moderner Gesellschaften. H. 1/2022, S. 53-68.
- Busch, Ulrich: Einsamkeit und ihre sozioökonomischen Grundlagen. H. 1/2022, S. 69-81.
- Holst, Jonathan: „Selbstgewählte Isolation“. Chronobiologie in Andechs und die Ethik des Einsamen. H. 1/2022, S. 82-92.
- Schenk, Britta-Marie: Nicht immer einsam und allein. Obdachlose in Gesellschaft. H. 1/2022, S. 93-100.
- Toyota, Mika: Kodokushi. Einsame Tode in Japan. H. 1/2022, S. 101-109.
- Bogen, Cornelia: Einsam in China. Digitale Mediennutzung älterer Menschen in der Corona-Pandemie. H. 1/2022, S. 110-122.
- Quaas, Georg: Zu den theoretischen Grundlagen der aktuellen Geldpolitik. H. 2/2022, S. 20-32.
- Heine, Michael; Herr, Hansjörg: Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – Spagat zwischen instabilen Finanzmärkten und halbfertiger Währungsunion. H. 2/2022, S. 33-47.
- Helmedag, Fritz: Ultra posse nemo obligatur: Grenzen und Möglichkeiten der Geldpolitik. H. 2/2022, S. 48-65.
- Müller, Christian: Paradigmenwechsel überfällig: Die geldpolitische Krisenstrategie der Schweizerischen Nationalbank. H. 2/2022, S. 66-78.
- Heise, Arne: Modern Monetary Theory. Der keynesianische Stein der Weisen oder Voodoo-Ökonomik? H. 2/2022, S. 79-92.
- Leaman, Jeremy: Einige kritische Reflektionen über die Modern Monetary Theory. H. 2/2022, S. 93-104.
- EHNTS, Dirk: Gespräch über die Modern Monetary Theory. H. 2/2022, S. 105-109.

AUF IN DIE PROVINZ!

- Becker, Tobias: Metropole – Provinz. Zur Geschichte eines (Miss-)Verhältnisses. H. 3/2022, S. 5-15.
- Akin, Zanan: Die Bilder der Welt im Erleben. Metropole und Provinz in der Spätmoderne. H. 3/2022, S. 16-26.
- Meyer-Albert, Michael: Darum bleiben wir in der Provinz. Ein topologischer Dialog zwischen Hannah Arendt und Martin Heidegger. H. 3/2022, S. 27-38.

NEUE GELDPOLITIK. THEORETISCHE GRUNDLAGEN UND MONETÄRE PRAXIS

- Busch, Ulrich: Geldpolitik in Zeiten finanzieller Instabilität. H. 2/2022, S. 6-19.

Belina, Bernd: Provinz und Provinzialismus in kritischen Debatten der BRD der 1970er Jahre. H. 3/2022, S. 39-50.

Didion, Philipp: Fußballstadien in der französischen und der westdeutschen Provinz. H. 3/2022, S. 51-62.

Gelhart, Joana; Lorke, Christoph; Zumloh, Tim: Zwischen Provinztradition und Großstadtsehnsucht. H. 3/2022, S. 63-75.

Kaufer, Ricardo: Provinz als Projektraum solidarischer Ökonomie und einer Nachhaltigkeitstransformation von unten. H. 3/2022, S. 76-87.

Anders, Kenneth: Landschaftskommunikation und räumliche Subjektivität. H. 3/2022, S. 88-99.

SCHWÄCHEN DER LINKEN

Brie, Michael: Von den Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln. H. 4/2022, S. 5-15.

Segert, Dieter: Die Krise der Linken in Osteuropa und ihre globalen Wurzeln. H. 4/2022, S. 16-29.

Hildebrandt, Cornelia: Zur Schwäche der Linksparteien in Europa. Eine Momentaufnahme. H. 4/2022, S. 30-45.

Chiocchetti, Paolo: Der Niedergang der radikalen Linken in Italien. H. 4/2022, S. 46-55.

Spitaler, Georg: Wohnbau im Roten Wien. Spukende Erinnerungen an eine linke Politik aus der Krise. H. 4/2022, S. 56-66.

Brangsch, Lutz: Nachdenken über linke Kommunalpolitik. H. 4/2022, S. 67-76.

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Dobner, Petra; Finkeldey, Jasper: 50 Jahre „Grenzen des Wachstums“. Eine kritische Würdigung. H. 1/2022, S. 123-134.

Thomas, Michael: Streitfall Ostdeutschland. Bemerkungen zu einer neuen Transformationsdiskussion. H. 2/2022, S. 119-129.

Busch, Ulrich: Kommunismus: Zukunftsentwurf oder vergangene Realität? H. 4/2022, S. 77-89.

Land, Rainer: Hat der Green New Deal eine Chance? H. 4/2022, S. 90-104.

Wimmer, Christopher: Zwischen Aktivität und Resignation. Wie arme Menschen mit gesellschaftlichen Zuschreibungen umgehen. H. 4/2022, S. 105-116.

SOZIALTHEORIE UND POLITISCHE IDEEN

Wacquant, Loïc: Epistemische Modebegriffe, Spekulationen und schlüsselfertige Konzepte. Einige Lehren aus der Geschichte von der städtischen „Unterklasse“. H. 2/2022, S. 110-118.

Ritschel, Gregor: Freie Zeit. Zur Geschichte und Aktualität einer politischen Idee. H. 3/2022, S. 113-125.

LITERATUR

Thietz, Kirsten: Franz Fühmanns Erzählung „Barlach in Güstrow“. H. 1/2022, S. 135-140.

Klausnitzer, Ralf: Franz Fühmann und seine Bibliothek. H. 1/2022, S. 141-155.

Woods, Roger: Walter Kempowskis „Das Echo. Abgesang '45“. Vom Archiv zur Druckfassung. H. 3/2022, S. 100-112.

BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN

Tatjana Petzer (Hg.): Unsterblichkeit. Slawische Variationen. Rezensiert von Wladislaw Hedeler. H. 1/2022, S. 156-158.

Irena Ristic (Hg.): Resetting the Left in Europe. Challenges, Attempts and Obstacles. Rezensiert von Dieter Segert. H. 1/2022, S. 159-161.

Heinz D. Kurz: Ökonomisches Denken in drei Jahrhunderten. Rezensiert von Ulrich Busch. H. 1/2022, S. 162-164.

Edward Fulbrook, Jamie Morgan (Hrsg.): Modern Monetary Theory and its Critics. Rezensiert von Judith Dellheim. H. 2/2022, S. 130-134.

- Michael Heine, Hansjörg Herr: Die Europäische Zentralbank. Rezensiert von Ulrich Busch. H. 2/2022, S. 135-137.
- Peter Ruben, Camilla Warnke: Aktenzeichen I/176/58, Strafsache gegen Langer u. a. Rezensiert von Udo Tietz. H. 2, S. 138-143.
- Cornelia Hildebrandt, Danai Koltsida, Amieke Bouma (Hg.): Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft. Rezensiert von Dieter Segert. H. 2/2022, S. 144-146.
- Karl Schlögel: Entscheidung in Kiew. Rezensiert von Wladislaw Hedeler. H. 2/2022, S. 146-147.
- Jürgen Leibiger: Eigentum im 21. Jahrhundert. Rezensiert von Ulrich Busch. H. 3/2022, S. 126-128.
- Felix Klotzek: Rätekommunismus. Rezensiert von Ewgeniy Kasakow. H. 3/2022, S. 128-133.
- Thomas Etzemüller: Henning von Rittersdorf: Das Deutsche Schicksal. Rezensiert von Michael Pesek. H. 3/2022, S. 134-135.
- Quentin Stevens: Activating Urban Waterfronts. Rezensiert von Caitlin Kraemer. H. 3/2022, S. 136-139.
- Anne Hartmann, Reinhard Müller (Hg.): Tribunale als Trauma. Rezensiert von Wladislaw Hedeler. H. 4/2022, S. 117-118.
- Sonia Combe: Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus. Rezensiert von Ulrich Busch. H. 4/2022, S. 119-121.
- Dieter Klein: Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökonomische Transformation gelingen könnte. Rezensiert von Dieter Segert. H. 4/2022, S. 121-123.
- Udo Tietz: Wahrheit und Freiheit. Ein Versuch über Political Correctness, normativen Zwang und Meinungsfreiheit. Rezensiert von Christoph Sebastian Widdau. H. 4/2022, S. 123-125.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

33. Jahrgang 2022

- Akin, Zanan: Die Bilder der Welt im Erleben. Metropole und Provinz in der Spätmoderne. H. 3/2022, S. 16-26.
- Anders, Kenneth: Landschaftskommunikation und räumliche Subjektivität. H. 3/2022, S. 88-99.
- Becker, Tobias: Metropole – Provinz. Zur Geschichte eines (Miss-)Verhältnisses. H. 3/2022, S. 5-15.
- Belina, Bernd: Provinz und Provinzialismus in kritischen Debatten der BRD der 1970er Jahre. H. 3/2022, S. 39-50.
- Bogen, Cornelia: Einsam in China. Digitale Mediennutzung älterer Menschen in der Corona-Pandemie. H. 1/2022, S. 110-122.
- Brangsch, Lutz: Nachdenken über linke Kommunalpolitik. H. 4/2022, S. 67-76.
- Brie, Michael: Von den Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln. H. 4/2022, S. 5-15.
- Busch, Ulrich: Einsamkeit und ihre sozioökonomischen Grundlagen. H. 1/2022, S. 69-81.
- Busch, Ulrich: Geldpolitik in Zeiten finanzieller Instabilität. H. 2/2022, S. 6-19.
- Busch, Ulrich: Kommunismus: Zukunftsentwurf oder vergangene Realität? H. 4/2022, S. 77-89.
- Busch, Ulrich: Rezension – Heinz D. Kurz: Ökonomisches Denken in drei Jahrhunderten. H. 1/2022, S. 162-164.
- Busch, Ulrich: Rezension – Michael Heine, Hansjörg Herr: Die Europäische Zentralbank. H. 2/2022, S. 135-137.
- Busch, Ulrich: Rezension – Jürgen Leibiger: Eigentum im 21. Jahrhundert. H. 3/2022, S. 126-128.
- Busch, Ulrich: Rezension – Sonia Combe: Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus. H. 4/2022, S. 119-121.
- Chiocchetti, Paolo: Der Niedergang der radikalen Linken in Italien. H. 4/2022, S. 46-55.
- Dellheim, Judith: Rezension – Edward Fulbrook, Jamie Morgan (Hrsg.): Modern Monetary Theory and its Critics. H. 2/2022, S. 130-134.
- Didion, Philipp: Fußballstadien in der französischen und der westdeutschen Provinz. H. 3/2022, S. 51-62.
- Döbler, Marie-Kristin: Relationale Einsamkeit(en). H. 1/2022, S. 6-18.
- Dobner, Petra; Finkeldey, Jasper: 50 Jahre „Grenzen des Wachstums“. Eine kritische Würdigung. H. 1/2022, S. 123-134.
- Ehnts, Dirk: Gespräch über die Modern Monetary Theory. H. 2/2022, S. 105-109.
- Gelhart, Joana; Lorke, Christoph; Zumloh, Tim: Zwischen Provinztradition und Großstadtsehnsucht. H. 3/2022, S. 63-75.
- Hedeler, Wladislaw: Rezension – Tatjana Petzer (Hg.): Unsterblichkeit. Slawische Variationen. H. 1/2022, S. 156-158.
- Hedeler, Wladislaw: Rezension – Karl Schlögel: Entscheidung in Kiew. H. 2/2022, S. 146-147.
- Hedeler, Wladislaw: Rezension – Anne Hartmann, Reinhard Müller (Hg.): Tribunale als Trauma. H. 4/2022, S. 117-118.

- Heine, Michael; Herr, Hansjörg: Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – Spagat zwischen instabilen Finanzmärkten und halbfertiger Währungsunion. H. 2/2022, S. 33-47.
- Heise, Arne: Modern Monetary Theory. Der keynesianische Stein der Weisen oder Voodoo-Ökonomik? H. 2/2022, S. 79-92.
- Helmedag, Fritz: Ultra posse nemo obligatur: Grenzen und Möglichkeiten der Geldpolitik. H. 2/2022, S. 48-65.
- Hildebrandt, Cornelia: Zur Schwäche der Linksparteien in Europa. Eine Momentaufnahme. H. 4/2022, S. 30-45.
- Holst, Jonathan: „Selbstgewählte Isolation“. Chronobiologie in Andechs und die Ethik des Einsamen. H. 1/2022, S. 82-92.
- Kasakow, Ewgeniy: Rezension – Felix Klopotek: Rätekommunismus. H. 3/2022, S. 128-133.
- Kaufer, Ricardo: Provinz als Projektraum solidarischer Ökonomie und einer Nachhaltigkeitstransformation von unten. H. 3/2022, S. 76-87.
- Klausnitzer, Ralf: Franz Fühmann und seine Bibliothek. H. 1/2022, S. 141-155.
- Kraemer, Caitlin: Rezension – Quentin Stevens: Activating Urban Waterfronts. H. 3/2022, S. 136-139.
- Land, Rainer: Hat der Green New Deal eine Chance? H. 4/2022, S. 90-104.
- Leaman, Jeremy: Einige kritische Reflektionen über die Modern Monetary Theory. H. 2/2022, S. 93-104.
- Meyer-Albert, Michael: Darum bleiben wir in der Provinz. Ein topologischer Dialog zwischen Hannah Arendt und Martin Heidegger. H. 3/2022, S. 27-38.
- Müller, Christian: Paradigmenwechsel überfällig: Die geldpolitische Krisenstrategie der Schweizerischen Nationalbank. H. 2/2022, S. 66-78.
- Pesek, Michael: Rezension – Thomas Etzemüller: Henning von Rittersdorf: Das Deutsche Schicksal. H. 3/2022, S. 134-135.
- Quaas, Georg: Zu den theoretischen Grundlagen der aktuellen Geldpolitik. H. 2/2022, S. 20-32.
- Ritschel, Gregor: Freie Zeit. Zur Geschichte und Aktualität einer politischen Idee. H. 3/2022, S. 113-125.
- Schenk, Britta-Marie: Nicht immer einsam und allein. Obdachlose in Gesellschaft. H. 1/2022, S. 93-100.
- Schobin, Janosch: Emanzipation und Isolationsbedrohung. Zur Genese der Einsamkeitsangst moderner Gesellschaften. H. 1/2022, S. 53-68.
- Schwarz, Angelika: Gesellschaft im Spiegel der Einsamkeit. H. 1/2022, S. 30-39.
- Segert, Dieter: Die Krise der Linken in Osteuropa und ihre globalen Wurzeln. H. 4/2022, S. 16-29.
- Segert, Dieter: Rezension – Irena Ristic (Hg.): Resetting the Left in Europe. Challenges, Attempts and Obstacles. H. 1/2022, S. 159-161.
- Segert, Dieter: Rezension – Cornelia Hildebrandt, Danai Koltsida, Amieke Bouma (Hg.): Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft. H. 2/2022, S. 144-146.
- Segert, Dieter: Rezension – Dieter Klein: Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökonomische Transformation gelingen könnte. H. 4/2022, S. 121-123.
- Spitaler, Georg: Wohnbau im Roten Wien. Spukende Erinnerungen an eine linke Politik aus der Krise. H. 4/2022, S. 56-66.
- Thietz, Kirsten: Franz Fühmanns Erzählung „Barlach in Güstrow“. H. 1/2022, S. 135-140.
- Thomas, Michael: Streitfall Ostdeutschland. Bemerkungen zu einer neuen Transformationsdiskussion. H. 2/2022, S. 119-129.
- Tietz, Udo: Rezension – Peter Ruben, Camilla Warnke: Aktenzeichen I/176/58, Strafsache gegen Langer u. a. H. 2/2022, S. 138-143.
- Toyota, Mika: Kodokushi. Einsame Tode in Japan. H. 1/2022, S. 101-109.

- Wacquant, Loïc: Epistemische Modebegriffe, Spekulationen und schlüsselfertige Konzepte. Einige Lehren aus der Geschichte von der städtischen „Unterklasse“. H. 2, S. 110-118.
- Widdau, Christoph Sebastian: Rezension – Udo Tietz: Wahrheit und Freiheit. Ein Versuch über Political Correctness, normativen Zwang und Meinungsfreiheit. H. 4/2022, S. 123-125.
- Wimmer, Christopher: Zwischen Aktivität und Resignation. Wie arme Menschen mit gesellschaftlichen Zuschreibungen umgehen. H. 4/2022, S. 105-116.
- Wittler, Kathrin: Einsamkeit und Freiheit im Elfenbeinturm? Humboldt, Schelsky und die solitäre Praxis der Geisteswissenschaften. H. 1/2022, S. 40-52.
- Woods, Roger: Walter Kempowskis „Das Echo. Abgesang '45“. Vom Archiv zur Druckfassung. H. 3/2022, S. 100-112.
- Zierold, Alexandra: Individualisierung und Einsamkeit in Gesellschaftstheorien. H. 1/2022, S. 19-29.

Berliner Debatte Initial 33 (2022) 4

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial e. V.**

Ehrenpräsident Peter Ruben.

Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm,
Wladislaw Hedeler, Cathleen Kantner,
Raj Kollmorgen, Rainer Land, Robert Stock,
Udo Tietz, Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome,
Wolf-Dietrich Junghanns, Thomas Möbius,
Johannes Peisker, Gregor Ritschel, Matthias
Weinhold, Johanna Wischner.

Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller.

V.i.S.d.P. für dieses Heft: Thomas Müller.

Satz: Rainer Land.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

<http://www.berlinerdebatte.de/>

Redaktionsschluss 01.12.2022, zugleich Gültigkeitsdatum für alle Internetverweise.

Berliner Debatte Initial erscheint bei

WeltTrends, Medienhaus Babelsberg

August-Bebel-Straße 26-53

D-14482 Potsdam

www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 30 €. Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis (Kopie) beilegen.

Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel; Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und einzelne Artikel (als PDF) im Webshop:

<http://shop.welttrends.de/>

E-Mail: bestellung@welttrends.de

Telefon: +49/331/721 20 35

Fax: +49/331/721 20 36

(Büro WeltTrends)

Abonnement per Mail, telefonisch oder per Post

bestellung@welttrends.de
+49/331/721 20 35

WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte Initial ab Heft

- Jahresabonnement 40 € (Institutionen 45 €).
- Abonnement ermäßigt 30 € (Studenten, Rentner, Arbeitslose etc.),
Nachweis bitte beilegen.

Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl: Ort: Telefon:

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen bei der Bestelladresse schriftlich widerrufen kann.

Datum, Unterschrift:

Leseprobe, Kauf im Webshop

www.berlinerdebatte.de, ISBN 978-3-947802-98-2